

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Markus Rinderspacher

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Peter Winter

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Hans Herold

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018

(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018) (Drs. 17/22033)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst Herrn Staatsminister Albert Füracker. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Staatsregierung packt an: Am 18. April hat Ministerpräsident Dr. Söder hier im Landtag in seiner Regierungserklärung dargelegt, wie die Pläne aussehen, und hat dort bereits zugesagt, dass wir sofort, ohne zu warten, in die Umsetzung eintreten. Das haben wir getan: Wir haben für alle Vorhaben, die angekündigt wurden, schon den Startschuss geben können, und wir haben heute den Haushalt des Worthaltens und der Tatkraft vorgelegt. Wir haben praktisch kaum zwei Monate daran gearbeitet, um hier einen Regierungsentwurf ordentlich einbringen zu können – den zweiten Nachtragshaushalt im Jahr 2018.

Er ist ein verantwortungsvolles Paket für Bayerns Bürgerinnen und Bürger, und er gibt Antwort auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, und darauf kommt es an. Wir haben nicht irgendwelche Einzel- oder Partikularinteressen in den Vordergrund gestellt, sondern nach unserem Leitmotiv "Das Beste für Bayern" überlegt, in welcher Weise wir ein Angebot der Unterstützung in verschiedener Hinsicht im Hinblick auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen geben können. Ich denke, wir haben großen Konsens in der bayerischen Bevölkerung.

Ein solcher Haushalt muss im Bereich Investition und Infrastruktur Zeichen setzen. Es geht aber auch darum, konsequentes Verwaltungshandeln zu organisieren, staatliches Handeln dort zu verstärken, wo es notwendig ist, und die soziale Balance zu bewah-

ren – und das alles unter dem Aspekt einer klugen finanzpolitischen Wirtschaftsweise. Wir haben das in Bayern seit Jahren vorgemacht. Warum können wir das? – Wir können das machen, weil in Bayern Großartiges geleistet wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Bevölkerung lebt nach dem Motto "Erst die Leistung, der Einsatz, der wirtschaftliche Erfolg". Danach kann man sich überlegen, wie und in welcher Weise man den wirtschaftlichen Erfolg heranzieht, um das Land voranzubringen. Das Fundament des bayerischen Erfolges ist die Bürgerschaft, das Ehrenamt, sind die Menschen, die investieren, die Unternehmerschaft sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Außerdem – das möchte ich bewusst hier nennen – haben wir in Bayern verdammt gute Verwaltungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und hier wird Großes geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Wir als politisch Verantwortliche können die Dinge nur auf den Weg bringen; für die Umsetzung brauchen wir auf allen Ebenen aber starke Verwaltungsstrukturen, die wir – Gott sei Dank – haben.

Dieser Nachtragshaushalt setzt einen klaren Akzent. Er setzt einen Akzent für die einheimische Bevölkerung – für diejenigen, die in Bayern dafür sorgen, dass es überhaupt etwas zu verteilen gibt, für diejenigen, die das Geld erarbeitet haben. Wir setzen diese bayerische Erfolgsgeschichte mit solidem Haushaltshandeln fort, obwohl wir in Bayern in den letzten Jahren in besonderer Weise große Herausforderungen zu stemmen hatten; ich erinnere zum Beispiel an die Situation im Bereich der Flüchtlinge.

Die erste Voraussetzung ist also der Fleiß und der Erfolg der Menschen, die zweite Voraussetzung eine solide Haushaltsführung der vergangenen Jahre und auch jetzt.

Wir betreiben eine kluge Haushaltspolitik. Lieber Peter Winter, wir haben in den letzten Jahren nicht auf andere gehört, die immer wieder versucht haben, uns im Haushaltsausschuss einzureden, wir müssten insgesamt da noch mehr Geld ausgeben, hier noch mehr Geld ausgeben und auch noch dort.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Weil wir genau das nicht getan haben, haben wir heute 6 Milliarden Euro Rücklagen.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem haben wir in dieser Zeit nicht nur 6 Milliarden Euro Rücklagen schaffen können, sondern wir haben auch 5,6 Milliarden Euro alte Schulden abbauen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden auch am Ende des Jahres 2018 – vielleicht nicht mehr ganz, aber doch circa – 6 Milliarden Euro Rücklagen haben. Wir befinden uns nämlich Gott sei Dank in einer Zeit, in der die für das Jahr 2018 prognostizierten Steuerzahlen besser ausfallen als die Zahlen, die wir bei der Haushaltsplanung zugrunde legen mussten. Wir haben in den vergangenen Jahren nicht einfach Geld für irgendetwas ausgegeben. In der nächsten Zeit haben wir deshalb die Chance, den Haushalt stabil zu gestalten. Ich bin froh, dass wir folglich knapp eine Milliarde Euro von dem Geld, das wir nicht ausgegeben haben, verwenden können. Wir können also eine knappe Milliarde verwenden, um zu investieren, beispielsweise in die steuerzahlende bayerische Wirtschaft. Außerdem können wir Bürgerinnen und Bürgern in besonderen Lebenssituationen damit helfen. Das muss immer zusammenpassen: die Wirtschaft unterstützen, investieren, die soziale Balance bewahren. Darauf kommt es an. Ich bitte deshalb darum, die ritualisierten Vorgehensweisen, die wir hier immer wieder erleben, heute vielleicht einmal in anderer Weise auszuleben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Rituale kennen wir von Ihnen!)

Ich weiß doch, wie es ist. Wenn wir 6 Milliarden Euro sparen, weil wir das Geld nicht ausgegeben haben, und wenn wir davon dann eine knappe Milliarde herausnehmen, lieber Peter Winter, dann sagen die einen: Die Rücklagen des Staatshaushaltes werden geplündert. – Die anderen werden heute erklären: Ihr schlagt ja schöne Dinge vor, aber das alles ist doch viel zu wenig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weder das eine noch das andere! Warten Sie es ab!)

Meine Damen und Herren, in der Tat ist doch entscheidend, dass wir Finanzierbarkeit und Solidität unseres Haushalts zusammenführen. Deswegen machen wir eine ausgewogene Haushaltspolitik. Ausgewogen heißt, und das sage ich noch einmal: Im Jahr 2017/2018 haben wir 2 Milliarden alte Schulden getilgt. Die Rücklage, die Ende des Jahres 2016 bei 6,3 Milliarden Euro war, wird Ende des Jahres 2018 – ich habe es angesprochen –, wenn sich die Haushaltsschätzung bewahrheitet, kaum unter 6 Milliarden Euro liegen. Ich möchte deshalb betonen, dass wir auch im zweiten Nachtragshaushalt 2018 eine solide Haushaltsführung haben. Darauf legen wir allergrößten Wert.

(Beifall bei der CSU)

Ganz entscheidend ist noch ein Zweites. Da wird immer wieder die Frage gestellt, was mit all dem geschieht, was bisher schon beschlossen ist. Ich kann Ihnen sagen, die Festlegungen des ersten Nachtragshaushalts gelten unverändert weiter. Das heißt auch, dass es bei Rekordzuweisungen an die Kommunen bleibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das kann man gar nicht oft genug wiederholen, zum Ersten, weil es gut ist, zum Zweiten aber, weil es stimmt. Die bayerischen Kommunen haben noch nie so viel Geld vom Freistaat Bayern erhalten wie in den letzten Jahren.

(Hans Herold (CSU): Stimmt!)

So wird es auch in diesem und im kommenden Jahr sein.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2014 hatten wir einen kommunalen Finanzausgleich von 8 Milliarden Euro. 2015 hatten wir 8,3 Milliarden Euro. 2016 waren es 8,56 Milliarden Euro und 2017 8,9 Milliarden Euro. 2018 fließen 9,53 Milliarden Euro in den kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein anderes Bundesland sehen, das in vergleichbarer Weise die Kommunen unterstützen kann, wie das der Freistaat Bayern seit Jahren schafft. Wir tun das nicht nur im regulären Finanzausgleich, sondern auch darüber hinaus. Wir sind in der Lage, die besonderen Herausforderungen der Kommunen durch Sonderprogramme vor Ort abzufedern. Ich erinnere beispielsweise an das Breitbandförderprogramm in Bayern. Es ist manchmal schon skurril, was ich über Menschen höre, die Gutes tun. Der Freistaat tut hier zusammen mit den Kommunen unglaublich viel Gutes. In der Tat könnten doch die Kommunen sagen: Sind wir jetzt auch noch für den Breitbandausbau zuständig? Das sind wir doch gar nicht. – Als bayerischer Finanzminister könnte ich darauf ganz locker antworten: Ich auch nicht. – Nirgendwo in der Bayerischen Verfassung oder in irgendeinem Gesetz des Freistaates Bayern steht geschrieben, dass wir, Staat und Kommunen, für den Breitbandausbau zuständig sind. Dennoch haben wir es übernommen, gemeinsam mit den Kommunen, und zwar in großartiger Weise in der Form, wie es die Kommunen wünschen. Dafür haben wir bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, und zwar neben dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 9,53 Milliarden Euro. Es gibt also nur Rekorde, was den Umgang mit den Kommunen anbelangt, und zwar positive.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir tun das, obwohl die Steuereinnahmen nicht nur beim Staat steigen, sondern auch bei den Kommunen. Bei den Kommunen sind sie in den letzten Jahren sogar stärker gestiegen als beim Staat selbst. Trotzdem unterstützen wir die Kommunen weiterhin. Es gibt dann wieder neue Themen, und politische Gruppierungen ziehen durch Bayern, sammeln Unterschriften und fordern,

Staat und Bürger sollten beispielweise künftig die Straßenausbaubeiträge aus Steuergeldern zahlen. In der Sache will ich darauf gar nicht eingehen, eines aber will ich sagen: In den letzten sieben Jahren haben die bayerischen Kommunen im Durchschnitt weniger als 65 Millionen Euro an Straßenausbaubeiträgen eingezogen. Wir geben dafür ab dem nächsten Jahr vereinbarungsgemäß 100 Millionen Euro an die Kommunen. Auch hier muss ich sagen: Wenn die kommunale Familie der Auffassung ist, das sei zu wenig und künftig sollen 100 Millionen Euro nicht reichen, dann frage ich mich, warum in den letzten sieben Jahren 65 Millionen Euro gereicht haben. – Wir halten Wort. Wir unterstützen die Kommunen in großartigster Weise, meine Damen und Herren. Da brauchen wir keine Belehrungen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder vierte Euro geht an die Kommunen. Die Eckpunkte des zweiten Nachtragshaushalts 2018 werden dazu führen, dass wir im Gesamten etwa 61 Milliarden Euro ausgeben. Die Zinsausgabenquote liegt dennoch bei 1,1 %, sie ist historisch niedrig. Die Investitionsquote ist im Vergleich zum ersten Nachtragshaushalt 2018 noch einmal angestiegen, und zwar auf 12,4 % im Plan. Wir sehen in unserem Nachtragshaushalt nämlich viele investive Maßnahmen vor. Im Übrigen hat Bayern die höchste Investitionsquote aller westdeutschen Flächenländer. Das Ganze ist also ein einziges Zukunftsprogramm für Bayern.

Meine Damen und Herren, zum staatlichen Handeln: Wir haben das Kabinett neu aufgestellt, den Ressortzuschnitt geändert, wir haben sinnvolle Dinge getan. Das gilt beispielsweise für den Bereich des Bauens. Darauf komme ich noch zu sprechen. Wir haben neue Themenschwerpunkte auch durch Beauftragte der Staatsregierung abgebildet. Aus der Erfahrung der bisherigen Beauftragten kann ich sagen: Sie sind entscheidende Impulsgeber in ihren jeweiligen Bereichen. Durch die Arbeit unserer Beauftragten haben wir mehr Bürgernähe. Das gilt für das Ehrenamt ebenso wie für das jüdische Leben und vieles mehr. Hier ist das staatliche Handeln ganz nah am Bürger selbst.

Zum Bereich der Bildung: Die digitale Bildung wird oftmals angemahnt. Wir setzen Zeichen. Wir haben 50.000 digitale Klassenzimmer, die durch den Freistaat Bayern unterstützt werden. Bei den Investitionen für die Privatschulen unterstützen wir die Abfinanzierung mit zusätzlichen 10 Millionen Euro. Wir schaffen neue Stellen. Erneut schaffen wir mehr Lehrerstellen in Bayern. An dieser Stelle möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern auch Danke sagen. Sie werden von mancher Seite gescholten, aber wir wissen: Sie haben in der bayerischen Bildung Großartiges geleistet. Zwar wird stets behauptet, in bildungspolitischer Hinsicht seien die Bayern benachteiligt, doch alle Länderrankings zeigen, dass Bildung nirgendwo so gut organisiert und vermittelt wird wie in Bayern. Danke an unsere Lehrerschaft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, neben den Lehrerstellen möchte ich bei der Bildung auch den Bereich "Schule öffnet sich" anführen. Wir finanzieren Sozialpädagogen und Schulpsychologen; auch das möchte ich hier erwähnen.

Ein weiterer Bereich des staatlichen Handelns ist die Sicherheit. Bayern ist das sicherste Bundesland. Wir fordern nicht nur, dass es so bleibt, sondern wir tun auch etwas dafür. 2015 darf sich nicht wiederholen. Das ist Konsens. Wir müssen wissen, wer zu uns ins Land kommt. Gestern haben wir im Kabinett den bayerischen Asylplan vorgelegt. Im Haushalt haben wir die Grenzkontrollen und die Schleierfahndung abgebildet. Wir werden die Grenzpolizeidirektion Passau gründen. Die Ausbildungskapazitäten der Polizei werden noch einmal signifikant erhöht. Nie gab es so viele Menschen, die bei der Polizei Dienst taten. Wir stocken aber noch einmal auf. Auch hier gilt: Wenn jemand als Polizist Dienst tun möchte, dann braucht er eine ordentliche Ausbildung. Wir investieren deshalb kräftig in die Ausbildung der Polizei. Wir schaffen auch neue Kapazitäten bei den Ausbildungseinrichtungen. Wir können deshalb so viele junge Menschen wie noch nie ausbilden.

Wir stärken den Rechtsstaat. Wir werden beim Vollzug die Verfahren beschleunigen und die Entscheidungsgeschwindigkeit erhöhen. Bei Fragen von Asyl und Integration wird rasch entschieden werden, wer bei uns bleiben darf und wer nicht.

Wir werden ein Landesamt für Asyl situieren.

Wir werden außerdem die Verwaltungsgerichte stärken. Wir haben dafür 100 zusätzliche Stellen vorgesehen, Herr Justizminister. Sie kommen zu den 82 Stellen aus dem ersten Nachtragshaushalt hinzu.

Wir tun noch etwas: Ich selbst weiß, was es bedeutet, dass die Themenbereiche der Landwirtschaft in den letzten Jahren im Verwaltungshandeln der Regierungen nicht direkt präsent waren. Deswegen kehren die Beamtinnen und Beamten der Landwirtschaftsverwaltung mit 30 neuen Stellen in die Regierungen zurück. Auch das zeigt, dass wir es im Bereich der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklung ernst meinen, und zwar auch im Hinblick auf das staatliche Verwaltungshandeln.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der zweite Komplex umfasst Investitionen in die Infrastruktur im Bereich Verkehr. Ja, der ÖPNV wird in Stadt und Land gestärkt werden. 100 Millionen Euro zusätzlich sind vorgesehen. Die zuständige Ministerin hat angekündigt, Nutzungsbarrieren abbauen zu wollen, Tarifstrukturen zu vereinheitlichen, die Nutzungsgrenzen der Verkehrsverbände aufzubrechen, den ÖPNV in der Fläche zu verbessern und den Bürgerbus bzw. nachfrageorientierte Verkehrssysteme zu installieren. Das werden wir machen. 100 Millionen Euro sind dafür vorgesehen.

Allerdings ist Bayern ein Flächenland. Die Annahme, dass wir uns in Bayern in den nächsten Jahren quasi schon nicht mehr mit Autoverkehr zu beschäftigen haben, ist natürlich eine unglaubliche Illusion. Die Straßen werden unsere Lebensadern in Bayern bleiben. Sie werden gerade in den ländlichen Räumen neben den Schienen weiter ertüchtigt und dort, wo es notwendig ist, ausgebaut werden. Wir haben 20 Millionen

Euro mehr an Staatsstraßenmitteln vorgesehen. Wenn Sie achtgeben, registrieren Sie die Zahl von 352 Millionen Euro. Diesen Betrag sehen wir in Bayern an Bau- und Planungsmitteln für den Staatsstraßenbau vor. Dieses Geld muss erst einmal verbaut werden.

In Bayern gibt es auch Politiker, die herumfahren und irgendwo kaputte Straßen fotografieren, um damit zu beweisen, dass in Bayern noch Straßen repariert werden müssen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das weiß ich auch; sonst hätten wir nicht 352 Millionen im Haushalt für die Staatsstraßen vorgesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Viel zu wenig! Schönrednerei!)

Nur gilt auch hier: Man kann nicht alle Straßen gleichzeitig sanieren. Nach meiner Wahrnehmung sind die Staatsstraßen nicht in einem Zustand, der dazu führen würde, dass man jeden Tag nur auf furchtbaren Straßen unterwegs wäre. Wir haben jedenfalls vorgesehen, dass auch in diesem Jahr in rekordverdächtig Weise Straßenbau in Bayern stattfinden kann. Das ist auch richtig so.

Im Übrigen möchte ich auch einmal sagen: Wir lassen uns den Automobilstandort Bayern nicht kaputtideologisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Es ist geradezu grotesk, was wir bei Beratungen über Haushaltspolitik hören, wenn wir auch darüber reden, wo das Geld eigentlich herkommt, welches wir im Landtag verteilen können. Einige von uns verteilen es ja nicht und stimmen meistens dagegen. Sie sagen dann aber immer vor Ort, wir hätten es im Landtag beschlossen; das scheint zum Ritual zu gehören. Fakt ist: Wir brauchen eine starke Wirtschaft, die das Geld auch erwirtschaftet, und die Automobilwirtschaft ist mehr als nur ein Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Deswegen lehnen wir es ab, dass die Automobilwirtschaft ständig schlecht- und kaputtgeredet wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir fördern die Innerortsentwicklung unserer Heimat. Die Kommunen unterstützen wir auch dabei. Wir wollen mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Natürlich brauchen wir die Innerortsentwicklung vor der Außenentwicklung.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

In der Verantwortung der Kommunen wird auch darüber zu entscheiden sein. Ich brauche den Kommunen nicht von München aus Ratschläge zu geben, wo sie sich zu entwickeln haben. Ich setze auf den Sachverstand der Kommunalpolitiker und der Menschen vor Ort. Wir haben also die richtigen Instrumente.

(Beifall bei der CSU)

Dennoch setzen auch wir darauf, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Auch darüber brauche ich keine Belehrungen. Ich habe von Berufs wegen schon verstanden, wie wertvoll es ist, Ackerland auch als Ackerland zu verwenden. Ich weiß aber auch, dass wir mit einer grünen Verbots- und Regelungspolitik, die der Planungshoheit der Kommunen zuwiderläuft, das Problem nicht lösen.

(Widerspruch des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir setzen Anreize für unsere Kommunen. Manche sind der Meinung, wir bräuchten nichts mehr zu bauen, und erzählen gleichzeitig, wir bräuchten Wohnraum. Auch sie müssen verstehen: Wenn wir Wohnraum schaffen wollen, brauchen wir auch Flächen, die wir bebauen können.

Deswegen bieten wir ein Anreizsystem für unsere Kommunen: Revitalisierung von Ortskernen und Entsiegelung als zusätzliche Unterstützung zu bestehenden Programmen im Bereich der Städtebauförderung und der Dorferneuerung. Diese zwei freiwilligen Maßnahmen bieten wir an. Wir verfolgen eine mit 100 Millionen Euro ausgestattete Entsiegelungsstrategie genauso wie eine Innerortsentwicklungsstrategie. Sie sind im Nachtragshaushalt 2018 zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir setzen Anreize für den wirtschaftlichen Erfolg und gleichzeitig dafür, dass die Lebensgrundlagen unter kommunaler Selbstverantwortung und unter kommunaler Selbstverwaltung bewahrt werden. Dafür ist dieser Bereich vorgesehen. Wir bieten diese Investitionsunterstützung an und betreiben bewusst eine Anreizpolitik. Ich bin mir ganz sicher: Dorferneuerung und Städtebauförderung werden in den Kommunen auch in diesen Bereichen weiter segensreich wirken.

Wir unterstützen den Wohnungsbau. Bayern prosperiert überall. Meine Damen und Herren, die Heimatstrategie greift Raum. Wir verlagern Behörden in die ländlichen Räume. Wir stärken die ländlichen Räume, wie sie schon lange niemand mehr gestärkt hat. Ich habe erst vor Kurzem etwas erlebt; es dürfte in Kronach gewesen sein. Ich habe gehört, wie versucht wurde, den Menschen einzureden, dass sie in ganz furchtbaren Verhältnisse leben müssten. Ein hochrangiger Vertreter der Landtagsopposition war da und hat mit jedem Redebeitrag versucht, den Menschen zu sagen, wie sie darben müssen und wie schlecht es um ihre Heimat bestellt ist. Er hat dann auch noch erklärt, Edmund Stoiber habe das ganze Geld in die Städte gesteckt und deswegen gehe es den Menschen in Kronach schlecht.

Wissen Sie, was ich dort erlebt habe? – Es war nicht so, wie Sie denken. Edmund Stoiber hat in den ländlichen Bereichen Hochschulen gegründet. Es war die klügste strukturpolitische Entscheidung der letzten 30 Jahre, Fachhochschulen in den ländlichen Räumen zu situieren.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Transrapid!)

Was habe ich dort erlebt? – Einer hat den Menschen gesagt: Ihr müsst doch jetzt jammern; ihr müsst doch jetzt sagen, dass es euch schlecht geht. – Aber die Menschen haben gesagt: Wir wollen nicht dauernd von euch hören, dass es uns schlecht geht. Wir strengen uns an; ihr unterstützt uns; und gemeinsam schaffen wir es, dass wir in unserer Heimat vorankommen. – Die Arbeitslosenquoten in ganz Bayern differieren fast nicht mehr. Wir haben in den schwächeren Regierungsbezirken eine nur um einen

Prozentpunkt höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als in den stärkeren, und zwar nicht deswegen, weil es in den schwächeren Regierungsbezirken kaum noch Menschen gäbe. Vielmehr ist überall die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gestiegen, und zwar signifikant. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Obwohl das so ist, werden wir uns auch mit dem Anliegen beschäftigen müssen, dass unsere Ballungsräume nicht an Attraktivität verlieren. Deswegen bleibt es eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ebenen, Wohnungen zu schaffen. Die Privatwirtschaft, die Kommunen, der Staat und unser Regierungsprogramm sehen hierfür umfassende und ganzheitliche Möglichkeiten vor. Sie betreffen nicht nur den sozialen Wohnungsbau, sondern gerade auch die Schaffung von Eigenheimen für junge Familien. Wir verfügen über ein effektives Maßnahmenbündel und über ein neues Ministerium. Damit unterstreichen wir die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen. Wir stärken nicht nur das Ministerium, sondern auch die nachgelagerten Behörden, unsere Bauämter, mit weiteren Stellen.

Wir haben für die Bildung von Wohneigentum für junge Familien einiges auf den Weg gebracht. Die Bayerische Eigenheimzulage ist beschlossen und wird angeboten. Das Bayerische Baukindergeld ist als Ergänzung zum Baukindergeld des Bundes beschlossen und wird angeboten. Wir haben für die Eigenheimzulage 150 Millionen Euro vorgesehen, für das Baukindergeld 37 Millionen, und zwar allein in diesem Jahr.

Eine Wohnungsbaugesellschaft wird gegründet. Wir wollen insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen Wohnungen schaffen. Unser Ziel ist es, bis 2025 10.000 Wohnungen zu bauen.

Manche sagen dazu wieder: Es ist zu wenig. – Alle diejenigen, die sagen, es ist zu wenig, sollen selbst tätig werden. Dagegen hat doch niemand etwas. Es ist eine kommunale Aufgabe, Wohnungen zu bauen. Ich habe mal gehört, bei 10.000 Wohnungen kämen nur vier Wohnungen auf eine Gemeinde. Das mag sein; es können auch fünf

sein. Wenn die Gemeinde selber zusätzlich fünf baut, sind es schon zehn. Meine Damen und Herren, immer so zu tun, als wäre all das, was getan wird, zu wenig, und dann, wenn man selber nichts tut, zu sagen, es wird nichts getan: Das ist in der Tat skurril. Solche Diskussionen laufen immer wieder gleich ab.

Wir sind bereit, den Grundstock für die Wohnbauförderung, für unser "Bayernheim", zu legen. Dafür sind 500 Millionen Euro vorgesehen. Im Haushalt ist ebenfalls eine Ermächtigung für den Verkauf der E.on-Aktien vorgesehen. Das ist kein Problem, weil wir mit unseren Anteilen von rund 1,39 % kein Großaktionär sind und die Unternehmenspolitik nicht steuern können. Deshalb gilt auch in diesem Bereich: Lieber investieren statt spekulieren. Deshalb haben wir vorgesehen, die E.on-Aktien, wenn es sein muss, in diesen Grundstock einzubringen.

Außerdem erhöhen wir den Bewilligungsrahmen der Wohnraumförderung. Wenn man alle Maßnahmen für die Wohnraumförderung für das Jahr 2018 addiert, haben wir einen Rekord zu vermelden. Wir haben 885 Millionen Euro im Angebot. Das sind 43 % mehr als im Jahr zuvor. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle können wir uns wirklich sehen lassen. Wir können in den Bereichen Wohnungsbau und Investitionen erfolgreich wirken.

Der dritte große Bereich ist die soziale Balance. Unser Land hat gegenüber Menschen, die bei uns Hilfe und Unterkunft suchen, große Solidarität gezeigt – und tut es noch. Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in Bayern ankommen, geht es besser als Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich in Mecklenburg-Vorpommern befinden. Deswegen haben wir im zweiten Nachtragshaushalt noch einmal eine leichte Erhöhung vorgesehen. Im Jahr 2018 werden wir 2,2 Milliarden Euro für diesen Zweck ausgeben. Das sind 2,2 Milliarden Euro für die Solidarität mit Menschen, die in unserem Land der Hilfe bedürfen. Wir tun das, weil wir ein solidarisches Land sind.

Darüber hinaus müssen wir aber auch an die Menschen in unserem Land denken, die der besonderen Unterstützung bedürfen. Das sage ich deswegen, weil von den 61 Mil-

liarden Euro planmäßig wieder 6,3 Milliarden Euro an andere Bundesländer überwiesen werden müssen. An dieser Stelle sind wir auch immer sehr solidarisch. Mich fragt jedoch niemand, ob ein Länderfinanzausgleich in dieser Höhe den Haushalt auf Dauer gefährdet. Deshalb habe ich überhaupt kein schlechtes Gewissen, wenn wir im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts einen sozialen Block für die einheimische Bevölkerung vorsehen. Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns darf auch bei allen Menschen in Bayern in schwierigen Lebenssituationen ankommen.

Deswegen gibt es das Landespflegegeld. Dabei geht es um die Selbstbestimmung Pflegebedürftiger. Wir haben eine skurrile Situation: Alle sagen, dass im Bereich der Pflege etwas getan werden müsse. Schließlich haben wir etwas in Bayern gemacht, das uns viel Geld gekostet hat. Dafür haben wir 400 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Dann höre ich: Na ja, das ist schon ein bisschen wenig. Meine Damen und Herren, wenn jede Ebene ihre Möglichkeiten im Bereich der Pflege nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit nutzt, kommen wir auch einen Schritt voran. Unsere Ebene hat entschieden, jedem Pflegebedürftigen 1.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Das kommt direkt bei den Menschen an, die es brauchen. Deswegen machen wir das auch.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Pflegebeauftragter, wir werden in den folgenden Jahren die Koordination der Pflege durch ein eigenes Landesamt gewährleisten. Dieses soll alle geplanten Maßnahmen koordinieren und umsetzen. Wir haben nicht nur über das Landesamt gesprochen und es angekündigt, sondern es auch in Amberg gegründet. Zum Start haben wir 60 Stellen zur Verfügung gestellt. Ich bin froh, dass wir nicht nur reden, sondern konsequent in die Umsetzung gehen können.

Wir setzen auch das Bayerische Familiengeld um. Meine Damen und Herren, wir organisieren echte Wahlfreiheit für junge Familien. Der Staat weiß nicht am besten, wie junge Familien ihr Familienleben organisieren sollen. Das wissen die Familien vor Ort

am besten. Deswegen geben wir jungen Menschen die Möglichkeit der Wahlfreiheit. Mit unserem Bayerischen Familiengeld legen wir bekanntermaßen das Erziehungsgeld und das Betreuungsgeld zusammen. Wir werden jungen Familien die Unterstützung geben können, die sie brauchen. Von dem Familiengeld kann die Kita genauso wie die Tagesmutter bezahlt, können Anschaffungen für das Kind gemacht werden. Damit wird die Familie gestärkt. Gott sei Dank befindet sich Bayern in der Situation, dies tun zu können. Wenn man über Familie spricht, sind alle der Meinung, dass mehr für Familien getan werden müsse. Macht man etwas, darf man sich anhören, dass es zu wenig sei oder die Rücklagen geplündert würden. Beides ist nicht nötig. Unser Familiengeld in Bayern ist ausgewogen.

Ich könnte noch über den Hebammenbonus sprechen. Auch das ist eine neue Leistung für eine Berufsgruppe, die wir dringend benötigen, wenn wir auch in Zukunft unsere Kindergärten und Schulen füllen wollen. Wir denken auch an die totalen Schattenseiten des Lebens und gründen ein Kinderhospiz. Alle diese Maßnahmen werden klugem staatlichen Handeln gerecht.

Vergessen wir bei all dem nicht die Kultur; denken wir beispielsweise an das Staatstheater in Augsburg. Meine Damen und Herren, auch die Tourismusförderung spielt in Bayern eine große Rolle. Nach Bayern kommen Millionen Menschen, weil es hier so schön ist, wir etwas zu zeigen haben und über einen organisierten Tourismus verfügen. In allen Regierungsbezirken kümmern sich unsere Verbände darum und bringen ihre Ideen ein. Für die Tourismusförderung wird ein Betrag in Höhe von 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit zeigen wir, dass wir es in Bayern im Jahr 2018 und in der Zukunft ernst mit der Unterstützung des Tourismus meinen.

Zu allen Maßnahmen besteht ein hoher gesellschaftlicher Konsens. Wenn ich frage, ob man die Pflege, Familien, den Tourismus, Investitionen und Infrastruktur unterstützen sollte, ist mir noch nie widersprochen worden. Deshalb glaube ich, dass unsere Maßnahmen abgewogen und ausgewogen sind. Wir helfen den Menschen. Wir initiieren Konzepte und Ideen. Kreative Ideen werden unterstützt, Anreize geschaffen. Ei-

gentlich müsste über diesen zweiten Nachtragshaushalt ein großer Konsens in diesem Hause bestehen.

Ich bitte um eine gute gemeinsame Gestaltung der Debatte im Ausschuss, lieber Peter Winter. Vieles wird diskutiert werden. Ich freue mich auf weitere Beratungen, die wir durch unser Haus gerne unterstützen und begleiten. Ich wünsche mir eine möglichst große Zustimmung zu den Ideen, die wir eingebracht haben. – Ich danke Ihnen für die angedachte großartige Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 96 Minuten vereinbart worden ist. Als nächster Redner hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Vizepräsident Bocklet, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Dr. Söder hat in seiner Regierungserklärung hier im Hohen Haus vor 48 Tagen über die Zukunft des Freistaats Bayern ein kleinteiliges Wimmelbild gezeichnet, ohne dass eine große Skizze erkennbar gewesen wäre. Herr Staatsminister Füracker macht heute in etwa das Gleiche. Das große Ganze ergibt sich eben nicht automatisch aus der großen Vielzahl kleiner Teile.

(Beifall bei der SPD)

Wir fühlen uns in diesen Wochen an die Regierung Günther Beckstein erinnert, der knapp ein Jahr vor der Landtagswahl 2008 die Funktion des Regierungschefs übernommen hat. Die Parallelen sind unverkennbar: Die Übernahme des Amts des Regierungschefs ein Jahr vor der Landtagswahl, beide sind Franken, beide Nürnberger, beide evangelisch. Auch Dr. Beckstein hielt zu Beginn seiner Amtszeit eine sehr klein-

teilige Regierungserklärung. Auch Dr. Beckstein hat sehr viele Fleißkärtchen gesammelt. Auch Dr. Beckstein war bemüht. Auch Dr. Beckstein wollte unliebsame Themen abräumen. Er hat den Transrapid beerdigt, so wie Dr. Söder jetzt den Nationalpark. Vor zehn Jahren gab es hektische Reparaturarbeiten beim milliardenschweren Landesbankdesaster. Hektische Reparaturarbeiten gibt es auch heute mit Dr. Söder, nachdem er selbst vor fünf Jahren 33.000 GBW-Wohnungen eigenhändig auf dem freien Markt verscherbelt und damit 85.000 Mieter im Stich gelassen hat. Das war eine wohnungsbau- und sozialpolitische Todsünde, die durch die weiße Salbe des Nachtragshaushalts nicht wiedergutmacht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch Dr. Beckstein wollte an den Menschen nah dran sein, näher als sein distanzierterer Vorgänger Dr. Stoiber. Es war die Rede davon, dass er sich im Bierzelt besonders lange bei den Menschen aufgehalten hat. Dr. Söder macht jetzt, 180 Tage vor der Landtagswahl, mit großem Medienecho seine erste Bürgersprechstunde. Er ist seit 1994 Mitglied des Landtags, also seit 24 Jahren. Er ist seit elf Jahren Kabinettsmitglied. Jetzt, 180 Tage vor der Landtagswahl, macht er seine erste Bürgersprechstunde. Damit sollen die Bürger das Gefühl bekommen, Dr. Söder sei für sie da.

(Isabell Zacharias (SPD): Die mache ich schon seit zehn Jahren!)

Ich kann dazu nur sagen: Am Abend werden die Faulen offensichtlich fleißig.

(Beifall bei der SPD – Isabell Zacharias (SPD): Wow! – Margit Wild (SPD): Ja wohl, genau so ist es!)

Auch vor zehn Jahren war die Christlich-Soziale Union mit Dr. Beckstein wenige Monate vor der Landtagswahl von Panik getrieben, die absolute Mehrheit zu verlieren. 2018, zehn Jahre später, ist sie von der AfD getrieben, und die Panik ist sogar noch größer.

(Peter Winter (CSU): Schaut mal, wo ihr jetzt steht! – Hans Herold (CSU): 13 %!)

Die Bayerische Staatsregierung hat in dieser Legislaturperiode – das lässt sich als Bilanz ziehen – jede Menge Chancen verpasst und liegen gelassen. Hausaufgaben wurden nicht gemacht. Die Bilanz dieser Legislaturperiode ist auch: Ja, die Wirtschaft in Bayern brummt – das ist überhaupt keine Frage – dank fleißiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kreativer Unternehmer. Aber trotz der guten wirtschaftlichen Lage gibt es bei der Armutsbekämpfung keinerlei Fortschritte. Heute gibt es in Bayern mehr arme Menschen als noch zu Beginn der Legislaturperiode.

Bayern wird moderner. Das ist überhaupt keine Frage. Aber in der Gesellschaftspolitik auf Landesebene werden keine Fortschritte gemacht. In Bayern ist der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau so groß wie in keinem anderen europäischen Landstrich. Ja, immer mehr Menschen ziehen zu uns in den Freistaat. Die Folgewirkungen sind: Bayern ist Stau-Weltmeister in der Bundesrepublik. Der öffentliche Personennahverkehr platzt aus allen Nähten. Bei der Elektrifizierung der Schiene sind wir nicht vorgekommen. Ja, in dieser Legislaturperiode ist es uns dank der Hartnäckigkeit der Opposition gelungen, in der Schulpolitik zum G 9 zurückzukehren. Aber die Anzahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden wächst. Es sind mittlerweile sechs Millionen Unterrichtsstunden pro Jahr. Die Klassen sind immer noch zu groß. Wir haben immer noch zu wenige Lehrer.

Ja, Bayern ist ein sicheres Bundesland. Das ist überhaupt keine Frage. In Bayern ist die Zahl der Straftaten so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Dennoch haben unsere Polizisten einen Berg in Höhe von 2,2 Millionen Überstunden auf dem Buckel. Ja, Bayern ist modern. Dennoch ist das richtig, was Herr Füracker zumindest angedeutet hat: Jede vierte Staatsbrücke ist dringend sanierungsbedürftig. Jede dritte Staatsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Jedes zweite Schwimmbad ist dringend sanierungsbedürftig. Überall da, wo die Landespolitik eigentlich zuständig wäre, sind Löcher zu erkennen. Da bröckelt es. Diese Staatsregierung hat über fünf Jahre der Legislaturperiode nachlässig gehandelt. Die Staatsregierung hat zu oft nach Berlin geblickt. Sie

hat sich zu sehr an Frau Merkel gerieben, anstatt hier die politischen Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb setzt die neue Regierung mit Dr. Söder an der Spitze auf Ablenkungsmanöver. Seit Amtsantritt von Dr. Söder hat sich die CSU alle Mühe gegeben, sich mit einer zunehmend autoritär anmutenden und im Kern autoritären Politik auf den Pfaden ihres besten Freundes Victor Orbán zu bewegen. Das harte neue Polizeiaufgabengesetz setzt auf Überwachung nicht nur bei Terrorverdacht, obwohl die bayerische Kriminalitätsrate so niedrig ist wie seit 30 Jahren nicht mehr.

(Tobias Reiß (CSU): Ja, warum denn?)

Der erste Entwurf zur beinharten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzgebung zeigt, wie die CSU-Staatsregierung psychisch Kranke wie Verbrecher kriminalisiert. Für die SPD-Fraktion sage ich noch einmal: Die Hilfe für psychisch Kranke am Strafrecht und am Maßregelvollzug für Straftäter zu orientieren, ist rechtsstaatlich ein Unding und trifft auf unseren entschiedenen parlamentarischen Widerstand.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Alleinregierung zwingt der Öffentlichkeit eine völlig unsinnige und schädliche Debatte darüber auf, wer zu unserem Land gehört und wer nicht. Dazu gehört auch der Anschein söderscher Staatsreligion mit einem bayerischen Kreuzerlass. Dieser ist im Ergebnis weder dem Staat und schon gleich gar nicht der Religion von Nutzen. Er ist auch nicht dem guten Miteinander von Staat und Religion von Nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Kardinal Marx, Landesbischof Bedford-Strohm und die Jugendverbände der evangelischen und katholischen Kirche in Bayern haben es zum Ausdruck gebracht: Dr. Söder hat mit diesem Kreuzerlass die Gesellschaft in einem Bereich gespalten, in dem sie

sich eigentlich einig war. Das war ein schnödes Wahlkampfmanöver. Für uns steht fest: Unser Grundgesetz und die Bayerische Verfassung sehen keine Hierarchien und keine Vormachtstellung einer einzelnen Religion vor. In Bayern existiert Religionsfreiheit. Als gläubiger Christ und Mitglied der Evangelischen Landessynode füge ich hinzu: Wir Christen in Bayern sind so selbstbewusst, dass wir unsere Kreuze dort, wo sie hingehören, schon selbst aufhängen, nämlich in die Kirchen. Dafür brauchen wir diesen Staatserlass nicht.

(Beifall bei der SPD – Margit Wild (SPD): Bravo! – Isabell Zacharias (SPD): Bravo!)

Peinlich ist das, was hinterhergeschoben wird. Es wird ein staatlicher Erlass herausgegeben, eine Verordnung, und dann wird hinterhergeschickt, wir werden es nicht kontrollieren. Dann gibt es plötzlich staatliche Institutionen erster und zweiter Güte, die mit besonderer christlicher Prägung und die ohne christliche Prägung. Theater, Museen und Hochschulen werden davon ausgenommen, als gäbe es dort vielleicht keine christliche Prägung. Am Ende ist kein Nutzen vorhanden, sondern nur Schaden sowohl für den Staat als auch für die Religion. Wir hoffen, dass Dr. Söder wenigstens jetzt im Vatikan gelernt hat, dass das Kreuz kein politisches Motiv von christsozialem "Mia san mia" ist, sondern religiöses Symbol für die Hoffnung auf Erlösung und Auferstehung.

(Beifall bei der SPD)

Polizeiaufgabengesetz, Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, konservative Revolution, Kreuzerlass, Muskelspiele in der Flüchtlingspolitik – das ist Victor Orbán light. Er hat im 100. Jubiläumsjahr des Freistaates Bayern nichts bei uns verloren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss es uns darum gehen, das Prinzip "Leben und leben lassen", Liberalitas Bavariae, aufrechtzuerhalten. Dafür steht die bayerische Sozialdemokratie mit ihrer

Landesvorsitzenden Natascha Kohnen: Freiheit statt Orbánismus, sozialdemokratischer Freistaat statt christsozialer Autoritätsstaat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung von Dr. Söder am 18. April sollte ein farbenfrohes Feuerwerk mit vielen bunten Raketen sein. Es gab Wahlkampfversprechungen ohne Unterlass. Heute zeigt der zweite Nachtragshaushalt, wir haben es jetzt schwarz auf weiß, das Allermeiste davon war Blendwerk und Schall und Rauch. Den Ankündigungen von Herrn Dr. Söder folgen in vielen Bereichen eben keine Taten und keine Konsequenzen. Wir, die SPD-Fraktion, vermissen im Nachtragshaushalt klare Prioritäten statt eines Wahlkampf-Geldregens mit der Gießkanne in Zeiten prasselnder Steuereinnahmen. Vor allem vermissen wir Investitionen in zentralen Themenfeldern wie der sozialen Gerechtigkeit. Wir vermissen Investitionen in kostenfreie Kitas mit besserer Qualität. Wir vermissen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und in besseren Personennahverkehr mit Maßnahmen für die Mobilitätswende, die jetzt anstehen muss.

Klar stellt sich auch die Frage der Glaubwürdigkeit von Dr. Söder selbst. Der Spitzenkandidat verspricht im Wahlkampf jede Menge Päckchen nach dem Prinzip: Hurra im Himmel ist Jahrmarkt, aber die Lieferung der Päckchen bleibt dann aus. Einige der Versprechungen überlebten nicht einmal 48 Tage von der Regierungserklärung bis zur Einbringung des Nachtragshaushalts. Heute steht mehr denn je fest: Je größer die Überschrift, die Herr Dr. Söder produziert, umso mehr Vorsicht ist geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte nur einige Beispiele nennen: Vor 48 Tagen hat Herr Dr. Söder an diesem Mikrofon mit stolzgeschwellter Brust ein bayerisches Raumfahrtprogramm mit dem Namen "Bavaria One" angekündigt. Es sollte ein staatliches Programm werden, das sich gewaschen hat. Der CSU-Spitzenkandidat möchte den Freistaat Bayern zum Weltraum Bayern machen. Sputnik war vorgestern. Apollo, Challenger, Discovery

waren gestern. Jetzt kommt "Bavaria One". Sie ist gedacht als Trägerrakete für die absolute Mehrheit. Mit der Einbringung des Nachtragshaushalts wissen wir, Dr. Söders Regierungserklärung war nichts als Science-Fiction. Es gibt keinen einzigen Cent für ein Raumfahrtprogramm. Es gibt noch nicht mal ein spezifisches Mittelchen dafür, dass sich Herr Dr. Söder in einer Hochglanzbroschüre ablichten lassen kann. Das Raumfahrtprogramm "Bavaria One" ist bei genauem Hinsehen das Märchen "Söders Mondfahrt", liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Kein Cent für ein Gutachten, für eine Kommission, für neue Personalstellen, kein Lehrstuhl, nichts, eine einzige Nullstelle im Nachtragshaushalt. Wie gesagt: Noch nicht mal ein paar Euro sind eingestellt für bunte Hochglanzbroschüren, in denen sich Dr. Söder als "Spaceman Came Travelling" mit seinem Hund Laika vor einem weiß-blauen Space Shuttle fürs Poesiealbum mit dem Kreuz in der Hand auf bayern.de abbilden lassen kann. Die Mission Söder ist schon jetzt zu Ende, bevor sie überhaupt begonnen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

So ist es auch mit den anderen Projekten, die er angesprochen hat. So hat Dr. Söder hier am Mikrofon einen bayerischen Hyperloop angekündigt. Die wenigsten Bürger wissen, was das ist: Eine bis zu 1.200 Stundenkilometer schnelle Rohrpost für Personen soll das sein. Der CSU-Spitzenkandidat hat die Produktion des Flugtaxis in Bayern angekündigt. Irgendwo zwischen Hof und Garmisch soll das Flugtaxi in Bayern eine Heimat bekommen. Wir haben bereits erste Erkenntnisse. Es ist schon etwas bekannt: die ersten fünf Hyperloops und die ersten fünf Flugtaxis, die in Bayern produziert werden. Wir kennen nicht das Baujahr, und wir wissen auch nicht, wie das zustande kommen soll. Es gibt da keinen einzigen Cent im Nachtragshaushalt für die Entwicklung. Aber die Namen der fünf Prototypen sind bereits klar: Söder I, Söder II, Söder III, Söder IV und Söder V. Aber damit ist niemandem geholfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist Augenwischerei. Damit führen Sie die Menschen in Bayern in die Irre, und das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen mehr Bodenhaftung und mehr Bodenständigkeit. Ja, Visionen sind erlaubt. Aber es war doch Dr. Söder selbst, der an diesem Mikrofon gesagt hat, dass Ankündigungen, die am Ende keinerlei Tatkraft und Konsequenzen nach sich ziehen, zu einer verdoppelten Politikverdrossenheit führen. Dies fällt nun auf den Ministerpräsidenten selbst zurück. Schauen wir uns doch die Realitäten an, bevor wir von "Space-man Came Travelling" träumen.

Jede vierte staatliche Brücke in Bayern ist marode, 1.407 von 5000. Die Zahl der maroden Brücken wächst in Ihrer Amtszeit. Sie wird nicht geringer, sondern sie wächst. Der Sanierungsstau wird kontinuierlich größer, und wir sind erstaunt darüber, dass die Baubehörden offensichtlich mit der Planung und Durchführung bei den Brückensanierungen nicht nachkommen; denn wir im Landtag haben einmal 160 Millionen Euro für fünf Jahre freigemacht. Ausgegeben wurden gerade einmal 100 Millionen Euro, also 37 % weniger, als wir im Landtag eigentlich bereitgestellt haben. Das heißt, die staatlichen Bauämter sind offensichtlich so auf Kante genäht, dass sie die notwendigen Arbeiten gar nicht vornehmen können. Das ist klassisches Staatsversagen, und Sie haben das zu verantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist schlechtes Regieren.

(Beifall bei der SPD)

2.000 neue Busse hat Dr. Söder vor 48 Tagen angekündigt. 100 neue zusätzliche Trambahnen hat Dr. Söder für Bayern angekündigt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

50 zusätzliche neue U-Bahnen hat Dr. Söder vor 48 Tagen angekündigt.

(Peter Winter (CSU): Ist alles nachlesbar!)

Gemessen an den Bedarfen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem großen Freistaat Bayern war schon das vergleichsweise wenig. Was ist davon übrig geblieben? Null Busse statt 2.000, null Trambahnen statt 100 und null U-Bahnen statt 50 U-Bah-

nen. Wer eine solche Verkehrspolitik macht, darf sich nicht wundern, wenn der Stau in Bayern immer länger wird und die Luft in den Städten immer schmutziger. Sie haben es zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Umweltbildungszentrum am Riedberger Horn hat Dr. Söder mit mindestens 15 Journalisten im Schlepptau angekündigt. Kein einziger Cent bildet sich dafür im Nachtragshaushalt ab.

1.000 stationäre und 500 ambulante Pflegeplätze wurden vor 48 Tagen hier angekündigt. Keinen einzigen Cent machen Sie im Nachtragshaushalt dafür frei; und vor 48 Tagen hat Dr. Söder an diesem Mikrofon eine nie dagewesene Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung mit 30.000 neuen Plätzen in der Kinderbetreuung bis 2020 – 2020 ist bereits in eineinhalb Jahren –, 10.000 Tagespflegepersonen für die Kinderbetreuung und 10.000 Hortplätzen bis 2025 versprochen. Am nächsten Tag wurde er umjubelt: Was dieser Mann alles leistet.

Eine solche Ankündigung produziert Hoffnung. Sie weckt Sehnsüchte in der Bevölkerung nach der Verwirklichung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn nach den größten Problemen im Bereich der Betreuung ihrer Kinder gefragt, geben laut aktuellem Sozialbericht 71 % der Eltern an, es sei kein geeigneter Betreuungsplatz in Bayern verfügbar, und 66 % nennen die unpassenden Öffnungszeiten in den Einrichtungen. Noch immer hat der Freistaat einen deutlichen Nachholbedarf gerade bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Da sind wir in Bayern im Bundesländervergleich mit einer Betreuungsquote von unter 30 % nur auf Platz 14.

(Hans Herold (CSU): Siehe München zum Beispiel!)

Nun die nackte Wahrheit: Dr. Söders vor 48 Tagen angekündigte Kita-Offensive mit 30.000 neuen Plätzen bis in eineinhalb Jahren, 10.000 Tagespflegepersonen und

10.000 Hortplätzen findet sich im Nachtragshaushalt – ich verstehe nicht, dass Ihnen das nicht peinlich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen –

(Isabell Zacharias (SPD): Allerdings!)

nicht mit einem einzigen Prozent wieder,

(Isabell Zacharias (SPD): Wahnsinn!)

nicht mit einem einzigen Prozent. Der neue Ministerpräsident führt die Kita-Beschäftigten und die Familien in Bayern mit Wahlkampfversprechungen hinters Licht, die schon vor dem Wahltermin gebrochen werden. Für die vielen Eltern, die sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen, ist diese Söder-Lücke zwischen Ankündigung und Realisierung ein echtes Ärgernis. Aber wir können Ihnen sagen: Wir werden Ihnen diesen Wahlbetrug bis zum 14. Oktober, bis zum Wahltermin, nicht durchgehen lassen. Das können Sie uns glauben.

(Beifall bei der SPD)

Mit Interesse und Wohlwollen haben wir wahrgenommen, dass Dr. Söder Invest in Bavaria modernisieren möchte; denn die Ansiedlungspolitik der Staatsregierung für neue Arbeitsplätze in Bayern ist alles andere als in Balance. Wir haben das in der Opposition gemeinschaftlich immer wieder kritisiert. Er hat eine neue Agentur angekündigt, und er hat angekündigt, dass diese Agentur 50 Millionen Euro Startkapital bekommen soll. Wir haben die 50 Millionen Euro Startkapital gesucht. Sie sind nicht etatisiert. Das heißt, bei Invest in Bavaria bleibt alles genau so, wie es ist, alles fauler Zauber. Und die Regierungsbezirke im Norden und im Osten Bayerns werden auch in den Jahren 2018, 2019 und 2020 vergeblich auf Unterstützung der staatlichen Ansiedlungsagentur warten müssen – ein Untätigkeitsnachweis des Ministerpräsidenten. Ich verstehe nicht, dass Ihre Haushaltspolitiker nicht auch wenigstens das, was vor 48 Tagen hier am Mikrophon gesagt wurde, mit dem abgleichen, was jetzt im Haushalt steht, so

wie ich mir die Mühe gemacht habe, und das in so zentralen Bereichen wie bezahlbares Wohnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und künftige Mobilitätspolitik.

Ich wundere mich sehr. DJ Söder, meine Damen und Herren, hat ein großes Wunschkonzert angekündigt, und jetzt hören wir die Unvollendete, die Symphonie der enttäuschten Erwartungen – ein weiteres Zeichen dafür, dass diese CSU-Alleinregierung am 14. Oktober keine absolute Mehrheit mehr erhalten darf.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich habe nur einige Haushaltsbereiche aufgezählt, bei denen Dr. Söder die Umsetzung seiner Versprechen schuldig bleibt. Es gibt aber auch Bereiche, für die Geld ausgegeben wird, aber nicht zielgerichtet, zum Beispiel für die innere Sicherheit. Wir brauchen keine bayerische Grenzbehörde; denn es gibt eine deutsche Grenzpolizei. Wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße und nicht in neuen Söder-Amtsstuben. Söders Doppelstruktur mit der Bundespolizei schafft zusätzliche Bürokratie statt zusätzlichen Bürgerschutz. Deshalb fordert die SPD im Landtag eine effiziente Schleierfahndung, mobile, kurzfristige Grenzraumkontrollen statt die christ-soziale Rückkehr zum Schlagbaum des 20. Jahrhunderts. Die Anordnung neuer Behördennamen und Dienstuniformen durch den neuen Ministerpräsidenten ersetzt nicht die notwendige bessere länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Wir teilen auch nicht die Ansicht des Ministerpräsidenten, dass eine bayerische Kavallerie hoch zu Ross einen Durchbruch für die innere Sicherheit in Bayern darstellt. Ich sage: lieber mehr Zweibeiner in Polizeiuniform auf bayerischen Straßen und Plätzen als Söders neue Vierbeiner. Diese brauchen wir nämlich in dieser Form ganz gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Der Freistaat Bayern wird bis 2030 nicht schuldenfrei sein. Der angekündigte Schuldenabbau bis 2030 ist nichts anderes als politische Propaganda und Schönrednerei.

(Peter Winter (CSU): 5,6 Milliarden sind getilgt!)

Hinzu kommt: Allein die Kürzungen der Pensionsvorsorge, die Sie 2010 vorgenommen haben – da sollte ja mal einbezahlt werden, wie Stoiber das vorgesehen hat, damit künftige Generationen nicht die Pensionen unserer Staatsdiener zu bezahlen haben –, allein die Kürzungen bei der Pensionsvorsorge haben in den letzten acht Jahren eine Lücke von fast 2,9 Milliarden Euro in den Pensionsfonds gerissen. Die Tendenz steigt von Jahr zu Jahr. Das ist eine aufwachsende Summe, für die unsere Kinder und Enkel eines Tages werden aufkommen müssen. Sie nehmen künftige Generationen in Haftung. Mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit hat das in Ihrem Staatshaushalt nichts, aber auch gar nichts zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokratie im Hohen Hause setzt sich mit ihrem Antragspaket zum Nachtragshaushalt – ein herzliches Dankeschön an die Kollegen unseres Haushaltsarbeitskreises unter der Führung von Harald Güller – für mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern ein; denn 1,5 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze in Bayern sind eine hohe Zahl, vor deren Hintergrund sich politische Selbstgerechtigkeit und Selbstzufriedenheit verbieten. Auch wenn die CSU alle unsere Anträge zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern mit einem Tariftreugesetz und mit einem Weiterbildungsgesetz, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Entlastung der Familien in Bayern und für eine moderne Gleichstellungspolitik im Allgemeinen abgelehnt hat, bleiben wir als SPD dran: für eine solidarische Gesellschaft, für das soziale Miteinander. In diesem Zeichen steht auch unser Antragspaket für den Nachtragshaushalt.

Ich kann als Fazit nur sagen: Angesichts nachweisbar leerer Versprechungen und falscher Prioritäten wird es allerhöchste Zeit, dass die Arroganz der Macht der absoluten Herrschaft endlich ein Ende findet. Dr. Beckstein hat die absolute Mehrheit vor zehn Jahren verloren. Dr. Söder wird die absolute Mehrheit verlieren. Menschlichkeit und Modernität in Bayern: Das gibt es mit der SPD. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Rinderspacher. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Winter das Wort. Bitte sehr.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie schwer sich die SPD tut, habe ich an den teilweise unterirdischen Ausführungen des Kollegen Rinderspacher gespürt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Wahrheit tut ganz schön weh, Herr Winter, gell?)

Wie viel Angst man vor einem Dr. Söder hat!

(Isabell Zacharias (SPD): Nein!)

Ich habe nicht mitgezählt, aber zweihundertmal haben Sie den Dr. Söder bestimmt zitiert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Zu viele leere Versprechen sind uns aufgefallen!)

Wenn ich noch nicht gewusst hätte, dass wir auf dem richtigen Weg sind, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nach der Rede vom Herrn Rinderspacher wäre ich davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und den richtigen Weg einschlagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie verfallen in die alte Marotte, lieber Herr Rinderspacher: Schlechtrede, Totrede, miesrede. In Bayern sind wir noch nicht so weit wie in Berlin unter einem Regierenden Bürgermeister der SPD, wo die Eltern die Klos in den Schulen reparieren, damit die Kinder auf die Toilette gehen können. Da können Sie Ihre Reden abladen, aber nicht in Bayern, und die Bayern wissen Gott sei Dank, woran sie mit der CSU sind und wie gut es ihnen in Bayern geht, weil sie sehr tüchtig und sehr fleißig sind

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich gesagt!)

und weil die Weichen in Bayern richtig gestellt werden. Wir unterhalten uns heute über einen zweiten Nachtrag, auf den Sie kaum eingegangen sind. Das war etwas von kleinteiligem Wimmelbild. Das war eine kleinkarierte Rede, Herr Rinderspacher. Ich hätte hier etwas mehr von Ihnen erwartet. Aber Sie sind auch nicht im Haushaltsausschuss. Das muss ich auch noch feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu den Ritualen, die wir heute erleben – da hat unser Finanzminister Füracker recht –, bin ich wie die meisten Menschen in Bayern fest davon überzeugt, dass wir ein wirtschaftlich starkes Land sind, ein Land, in dem die Menschen gerne und sicher leben und vor allem alle sehr gute Zukunftsaussichten haben. Der Freistaat Bayern hat aktuell so wenig Arbeitslose und bietet so gute Bildungs- und Ausbildungschancen wie nie zuvor. Laut Statistischem Bundesamt haben die bayerischen Kommunen die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Die Kriminalitätsbelastung in Bayern ist im letzten Jahr auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken und widerlegt all das, was uns hier immer wieder vorgekauft wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich selbst gesagt!)

In Bayern lebt man sicher, gut und besser als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vom Mai 2018 sind einfach nur glänzend. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,7 % haben wir den niedrigsten Monatswert seit Einführung der Berechnungen im Jahr 1994. Im Ländervergleich belegt Bayern weiterhin den Spitzenplatz, deutlich vor Baden-Württemberg mit 3,1 %. In allen bayerischen Regierungsbezirken lag die Arbeitslosigkeit deutlich unter 4 %, und die Spannweiten der Arbeitslosenquoten innerhalb der Regierungsbezirke lagen im Durchschnitt bei nur 1 %. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Bayern trotz eines horrenden Zuzugs innerhalb der letzten zehn Jahre um rund 25 % verringert.

Diese absoluten Topwerte auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich auch in der Entwicklung der Steuereinnahmen. Aufgrund der guten Ergebnisse im Haushaltsvollzug konnten wir dementsprechend die Haushaltsrücklage in den letzten Jahren deutlich stärken. Laut Haushaltsrechnung 2016 beläuft sich die Haushaltsrücklage Ende 2016 auf rund 6,3 Milliarden Euro. Diese starke Rücklage verdanken wir in erster Linie den fleißigen bayerischen Steuerzahlern, denen zuerst und vor allem mein ganz besonderer Dank gilt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wichtig war aber auch, dass wir in den letzten Haushalten mit Augenmaß vorgegangen sind. Im zweiten Nachtrag des Jahres 2018 ist es nun an der Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch mehr an der positiven Entwicklung in Bayern teilhaben und wir ihnen von ihrem erarbeiteten Geld etwas zurückgeben. So haben sich zuletzt im Jahr 2017 die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich gegenüber der Haushaltsplanung um 897 Millionen Euro verbessert. Daneben ergab sich nach dem vorläufigen Ergebnis des Haushaltsvollzugs von 2017 bei den sonstigen Verbesserungen und Verschlechterungen ein positiver Saldo von rund 0,7 Milliarden Euro. Der darin noch nicht berücksichtigte Einzug der Ausgabenreste hat das endgültige Ergebnis weiter verbessert. Zudem errechnet sich nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung für dieses Jahr ein Plus von 468 Millionen Euro gegenüber der Veranschlagung im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrages 2018. Damit verfügen wir in Bayern über eine sehr gute finanzielle Ausgangslage für weitere gezielte Antworten auf die bestehenden Herausforderungen insbesondere auch im sozialen Bereich.

Bei den aktuellen Forderungen der Opposition ist mir ein Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom 23. Mai 2018, lieber Herr Rinderspacher, zum Wahlprogramm der SPD aufgefallen. Die "SZ" titelte dazu: "Die SPD will von allem mehr." – Das war schon immer so, und es wird auch immer so bleiben. Nur der Wähler wird nicht mitmachen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist seit Jahren das Patentrezept der SPD. Aber mittlerweile beginnen die FREIEN WÄHLER, die SPD zu überholen.

(Hans Herold (CSU): Freibier für alle!)

So fordern die FREIEN WÄHLER nach dem Ende der Straßenausbaubeiträge nun auch noch die beitragsfreie Kinderbetreuung. Selbst mit den GRÜNEN befinden sie sich da inzwischen in bester Gesellschaft, lieber Herr Hartmann. – Er ist nicht da.

(Hans Herold (CSU): Einer ist da!)

Früher gab es noch den Anspruch, dass man ein Haushaltskonzept vorlegt, ohne in die Rücklagen zu greifen,

(Hans Herold (CSU): Jetzt zwei!)

aber auch das ist mittlerweile nicht mehr gegeben. Die GRÜNEN hatten mit Änderungsanträgen zum ersten Nachtrag 2018 über zwei Milliarden Euro gefordert, die aus der Rücklage kommen sollten. Vor diesem Hintergrund bin nicht nur ich auf die Kommentare der Vertreter der Opposition gespannt; ich erahne sie schon. Einen ersten Vorgeschmack haben wir bekommen. Neben dem Standardvorwurf "Wahlkampfhaushalt" werden wir gerade zu den Punkten, in denen auch die Opposition Handlungsbedarf sieht, vor allem hören: "Zu spät und zu wenig!"

Wir werden uns davon allerdings nicht beirren lassen. Ich bitte vielmehr die Kolleginnen und Kollegen, anzuerkennen, wie viele Mittel für die wichtigen Schwerpunkte, die der Ministerpräsident in seiner auf fünf Jahre angelegten Regierungserklärung deutlich gemacht hat, im zweiten Nachtrag vorgesehen sind. Er hat nicht für 48 Tage gesprochen. Er hat nicht für den Zeitraum bis Oktober gesprochen. Er hat eine auf fünf Jahre angelegte Regierungserklärung abgegeben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er ist doch nur noch fünf Monate im Amt!)

Wenn Sie fair wären, dann würden Sie ihm die Chance geben, die Vorhaben umzusetzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): 30.000 Kitaplätze bis 2020 – wie soll denn das gehen?)

– Lieber Herr Rinderspacher, ihr habt schon immer gesagt: "Ihr werdet nie einen ausgeglichenen Haushalt hinbringen!", "Ihr werdet die Schuldentilgung nicht machen!" Was habt ihr schon alles prophezeit, was wir angeblich nicht tun werden! Auch diesmal werden wir euch, wie immer und wie es in Bayern üblich ist, überraschen, was die CSU mit ihrem tüchtigen Ministerpräsidenten und ihrem soliden Finanzminister auf den Weg bringt. Ich bin davon überzeugt, das sieht auch der Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Bayern so.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen im zweiten Nachtrag besondere Schwerpunkte bei der Pflege, unseren Familien und der inneren Sicherheit, nachdem wir schon im ersten Nachtrag für die Sicherheit, aber insbesondere im Bildungsbereich Schwerpunkte gesetzt haben.

Vorher noch ein Wort zur Finanzierung: Hätten wir in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre – ich nehme jetzt die letzten fünf Jahre – den Mehrforderungen der Oppositionsparteien Rechnung getragen, würden wir weder über einen ersten noch über einen zweiten Nachtrag reden. Dann wären wir nämlich pleite – wie viele Bundesländer, in denen Sie Verantwortung tragen. Aber da wir eine vorsorgliche Haushaltsführung machen und maßhalten, können wir jetzt, im zweiten Nachtrag, weitere Vorhaben verwirklichen, die den Menschen in Bayern zugutekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Reden Sie doch nicht so einen Schmarrn!)

Das bereinigte Ausgabenvolumen 2018 steigt im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags von 60 Milliarden Euro – Stand: erster Nachtragshaushalt 2018 – auf nunmehr 61 Milliarden Euro. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Auch 2018 setzen wir

unsere Politik des Haushalts ohne neue Schulden fort. Die Schuldentilgung bleibt 2018 mit 1,5 Milliarden Euro auf dem Rekordniveau des ersten Nachtrags. Der Schuldenabbau macht unseren Haushalt generationengerecht. Wir setzen auf Chancen statt auf Schulden.

Der zweite Nachtragshaushalt 2018 setzt erste wichtige Maßnahmen des vom Ministerpräsidenten verkündeten Regierungsprogramms "Das Beste für Bayern" noch in diesem Jahr um. Damit geben wir Antworten auf aktuelle sicherheits- und sozialpolitische Herausforderungen. Die haushaltswirksamen Mehrausgaben in Höhe von rund 985 Millionen Euro werden vollständig aus der Haushaltsrücklage finanziert und damit aus den Überschüssen – den erarbeiteten Überschüssen! – der letzten Haushaltsjahre.

Anders als noch im Nachtragshaushalt 2016 sind im Nachtrag 2018 vor allem Maßnahmen für die Bevölkerung in Bayern vorgesehen:

Wir wollen das Bayerische Familiengeld als neue landesgesetzliche Leistung einführen. Eltern in Bayern werden derzeit mit dem Bayerischen Betreuungsgeld und dem Bayerischen Landeserziehungsgeld unterstützt. Diese Leistungen erreichen aber nur einen Teil der Eltern von Kindern im Alter bis zu drei Jahren. Mit dem Familiengeld sollen alle Eltern von Kleinkindern unabhängig von der Betreuungsform und ihrem Einkommen einfach und transparent von einer einheitlichen Landesleistung profitieren. Das Familiengeld beträgt für das erste und das zweite Kind jeweils 250 Euro pro Monat und für das dritte und jedes weitere Kind jeweils 300 Euro pro Monat. Der Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags enthält die im Jahr 2018 zur Umsetzung notwendigen 77 neuen Stellen, davon 74 beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. So viel zur Umsetzung von angekündigten Maßnahmen! Ferner enthält der Regierungsentwurf die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von rund 153 Millionen Euro.

Das Familiengeld bündelt und verbessert die bisher bestehenden familienpolitischen Leistungen auf Landesebene. Die Familien waren und sind uns wichtig. Sie sind die

Keimzellen unserer Gesellschaft. Die Eltern legen das Bildungsfundament. Dafür brauchen sie ausreichend Entscheidungsfreiheit. Wir orientieren uns an den unterschiedlichen Wünschen und Lebensentwürfen von Familien in Bayern. Eltern sollen daher das Familiengeld unabhängig von einer Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit und ihres Einkommens für die von ihnen gewünschte Form der Kinderförderung einsetzen. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem neuen Bayerischen Landespflegegeld wollen wir die Lebensgestaltung von Pflegebedürftigen erleichtern und den Pflegebedürftigen insbesondere die Freiheit geben, Angehörigen oder anderen Unterstützenden eine materielle Anerkennung ohne Rechtspflicht zukommen zu lassen. Das Landespflegegeld soll jährlich 1.000 Euro pro anspruchsberechtigter Person betragen. Im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags sind die erforderlichen Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro veranschlagt. Anders als die Leistungen der Pflegeversicherung soll das Landespflegegeld nicht zweckgebunden sein. Auch eine regelmäßige Beratung muss nicht wahrgenommen werden. Mit diesem Landespflegegeld helfen wir den pflegebedürftigen Menschen in Bayern.

Zur besseren Koordinierung der bayerischen Pflegepolitik wollen wir ein neues Landesamt für Pflege gründen. Der zweite Nachtrag sieht dafür 60 neue Stellen vor. Die neuen Stellen sind insbesondere für die Errichtung des Landesamtes in der Startphase gedacht. Das neue Landesamt für Pflege soll die pflegebedürftigen Menschen sowie die Pflegenden in ganz Bayern unterstützen. Das gilt auch für die Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen und ihrer Familien. Mit dem Landesamt wollen wir die Aufgaben, die bisher auf verschiedene Behörden verteilt waren, insbesondere aus dem Pflegebereich sowie der Hospiz- und Palliativversorgung, effektiv bündeln und zusammenführen.

Zentraler Punkt des zweiten Nachtrags sind unsere Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern. Mit der Bayerischen Eigenheimzulage und dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir vor allem einheimische junge Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Die Bayerische Eigenheimzulage soll als Grundförderung einen einmaligen Festbetrag in Höhe von 10.000 Euro umfassen. Mit dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir das neue Baukindergeld des Bundes jährlich um 300 Euro pro Kind erhöhen, weil bekanntermaßen das Bauen vielerorts in Bayern teuer ist. Mit dem Baukindergeld des Bundes ergibt sich dann eine jährliche Gesamtförderung von 1.500 Euro pro Kind für zehn Jahre, also von insgesamt 15.000 Euro pro Kind, wenn eine junge Familie bauen will.

(Beifall bei der CSU)

Für die Einführung der Bayerischen Eigenheimzulage sind im Regierungsentwurf 150 Millionen Euro und zur Finanzierung des Bayerischen Baukindergeldes 37,5 Millionen Euro im Jahr 2018 vorgesehen. Mit der Bayerischen Eigenheimzulage und dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir gerade Familien bei der Verwirklichung des Traums von den eigenen vier Wänden unterstützen.

Daneben setzen wir durch den dauerhaften Ausbau der staatlichen Wohnraumförderung ein starkes Signal für den Wohnungsbau. Wir erhöhen im zweiten Nachtragshaushalt den Bewilligungsrahmen in der Wohnraumförderung um 200 Millionen Euro aus Landesmitteln. Damit ergibt sich in der Wohnraumförderung ein Bewilligungsrahmen von insgesamt rund 886 Millionen Euro im Jahr 2018. Das sind über 43 % mehr als 2017.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Wohnraumversorgung werden wir unser staatliches Engagement weiter ausbauen.

(Horst Arnold (SPD): Auwei!)

Dazu gründen wir das staatliche Wohnungsbauunternehmen "Bayernheim".

(Horst Arnold (SPD): Ach was!)

"Bayernheim" soll vor allem Wohnraum für untere und mittlere Einkommensgruppen schaffen. Ziel sind 10.000 neue Wohnungen bis 2025. Dazu sollen staatliche Grundstücke und Konversionsflächen genutzt werden. Wohnungsbau ist oberster Staatsbedarf.

(Horst Arnold (SPD): Das ist etwas zu wenig!)

– Das ist doch klar, es ist immer zu wenig.

(Horst Arnold (SPD): Zuvor aber 32.000 Wohnungen verscherneln!)

Wenn man für einen Haushalt Verantwortung hat, löst man das ordentlich und nicht mit Schub vor den Augen.

Organisatorisch unterstützen wir alle Maßnahmen für mehr Wohnraum in Bayern durch die Gründung des neuen Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Für den Auf- und Ausbau des Bauministeriums sowie für die Stärkung der Bauverwaltung sind im Regierungsentwurf insgesamt 250 neue zusätzliche Stellen für 2018 vorgesehen. Die Bündelung der Aufgaben und die personelle Verstärkung der Bauverwaltung werden für eine zügige und effektive Antwort auf die großen Herausforderungen beim Wohnungsbau sorgen.

Für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ein Leben in Freiheit und Sicherheit besonders wichtig. Die neue Grenzpolizeidirektion in Passau soll insbesondere Schleierfahndungsmaßnahmen und Schwerpunkteinsätze der Fahndungsdienststellen koordinieren. Für den personellen Aufbau der Grenzpolizei bereits in diesem Jahr sind im zweiten Nachtragshaushalt 44 zusätzliche Stellen und rund 15 Millionen Euro vorgesehen.

Um die Asylverfahren verkürzen und Abschiebungen schneller durchführen zu können, soll das neue Landesamt für Asyl mit gebündelten Zuständigkeiten schon im August die Arbeit aufnehmen. Das ist angekündigt und wird auch umgesetzt. Der Regierungsentwurf enthält dafür 120 neue Stellen sowie über 10 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den Erstaufbau des Landesamtes.

Daneben sollen die Verfahren in Asylsachen mit 100 neuen Stellen für richterliches und nichtrichterliches Personal an den Verwaltungsgerichten beschleunigt werden. Zur weiteren personellen Stärkung und für eine effektive Rechtsprechung der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind im Regierungsentwurf außerdem weitere 200 neue Stellen für die Justiz vorgesehen.

Aktuell bestehen auch einige Risiken für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Das muss uns allen klar sein. Insbesondere die aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA und ein möglicherweise eskalierender internationaler Handelskonflikt bereiten – darin sind wir uns einig – uns allen Sorgen. Daher ist es besonders wichtig, dass wir auch im zweiten Nachtragshaushalt 2018 alle Ausgaben aus eigenen Mitteln tragen – anders als viele andere Bundesländer, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und trotzdem noch neue Schulden machen.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Wir setzen mit dem zweiten Nachtragshaushalt die richtigen Schwerpunkte für unsere Familien, für die Stärkung der Pflege und für die Verbesserung der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Bayerische Grenzpolizei und mehr Personal für unsere Justiz sollen unsere Spitzenposition in der inneren Sicherheit auch für die Zukunft garantieren. Der zweite Nachtragshaushalt 2018 ist ein wahres Kraftpaket und gibt die richtigen Antworten auf die Sorgen und Nöte unserer einheimischen Bevölkerung. Wir werden glasklar die Vorgaben des zweiten Nachtragshaushalts berücksichtigen und damit bereits nach wenigen Tagen einen Großteil der von unserem Ministerpräsidenten an-

gekündigten Maßnahmen für unser Bayern und für die Menschen in Bayern verwirklichen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Winter. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich jetzt den Kollegen Pohl ans Mikrofon bitten. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ein Nachtragshaushalt drei Monate, nachdem wir den Nachtragshaushalt verabschiedet haben, was wollen Sie uns damit sagen?

(Tobias Reiß (CSU): Da schautst!)

Ein Wahlkampfhaushalt? – Sie doch nicht! Sie stellen doch keinen Wahlkampfhaushalt auf. Nein, das, was hier vorliegt, ist ein Dokument tiefster Unzufriedenheit des Ministerpräsidenten Markus Söder mit dem früheren Finanzminister Markus Söder, der den ersten Nachtragshaushalt so schlampig gemacht hat, dass drei Monate später schon nachgebessert werden muss, und das mit einem Volumen von einer Milliarde Euro. Eine Milliarde Euro!

(Peter Winter (CSU): 985 Millionen!)

Ich erinnere mich noch an die Debatten zum ersten Nachtragshaushalt. Was haben Sie über die FREIEN WÄHLER gesagt? – Wir würden viel zu viel Geld ausgeben, wir würden Bayern in die Verschuldung treiben.

(Peter Winter (CSU): Reichtum für alle!)

Wir hatten Änderungsanträge mit einem Volumen von knapp über einer Milliarde vorgelegt. Drei Monate später haben Sie genau diese Milliarde übrig, um in Bayern zu investieren, wie Sie sagen. Das passt nicht zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushaltspolitik ist richtige Schwerpunktsetzung. Auf diese Schwerpunkte möchte ich nachfolgend kurz eingehen. Zunächst aber – das gebietet der Anstand – muss am Anfang jeder Haushaltsrede und jeder Haushaltsdebatte der Dank an die Steuerzahler, an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, an die Gewerkschaften und an alle diejenigen gehen, die dafür verantwortlich sind, dass wir diese Steuereinnahmen haben und mit diesen Steuereinnahmen investieren und unser Land gestalten können.

Meine Damen und Herren, die CSU hat Schwerpunkte gebildet. Der erste Schwerpunkt ist vom Kollegen Winter schamhaft verschwiegen worden. Er lautet Eigenmarketing. Neue Stellen sollen ausgewiesen werden: in der Staatskanzlei siebenmal B 3, zweimal A 16, achtzehnmal A 15, siebenmal A 13, dreimal A 12, einmal A 10, einmal A 9, einmal A 7 und dazu eine Stellenaufwertung von B 6 auf B 9. Jawohl, die Staatskanzlei wird aufgemörtelt, um Eigenmarketing für den Ministerpräsidenten zu betreiben. Das ist der erste wichtige Schwerpunkt, den Sie setzen. Wir sagen, das ist eine falsche Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Peter Winter (CSU): Wollen Sie keine Digitalisierung?)

Hinzu kommen 38 Angestellte. Alles das ist ein Dokument dafür, wo Sie Ihre Schwerpunkte setzen. Der Wasserkopf muss noch größer werden.

Herr Kollege Winter hat gesagt, die Unterstützung der Kommunen sei auf einem Rekordniveau. So viel Geld hätten die Kommunen noch nie bekommen. Das sagt auch der Finanzminister.

(Peter Winter (CSU): Richtig!)

– Richtig, sagt er!

(Peter Winter (CSU): Wo du recht hast, hast du recht!)

Aber, lieber Kollege Winter, nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass sich der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund um kein Hundertstel Prozent erhöht hat. Der Anteil beträgt nach wie vor 12,75 %. Deswegen geht es den Kommunen nur um so viel besser wie auch dem Freistaat Bayern. Sie nehmen proportional am Steuermehraufkommen teil wie der Freistaat. Eine Verbesserung der Situation der Kommunen ist das nicht; denn wenn die Steuereinnahmen wieder zurückgehen, gehen sie proportional im gleichen Maße auch bei den Kommunen wieder zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie schon die Kommunen ansprechen, frage ich Sie, warum Sie die Straßenausbaubeiträge nicht abschließend und vernünftig in Ihrem Gesetzentwurf geregelt haben. Wir haben Ihnen doch lange Zeit gelassen und eine gute Vorlage gegeben. Sie hätten ihr im Grunde nur zustimmen müssen, dann wäre etwas Vernünftiges herausgekommen. Und was haben Sie gemacht? – Sie haben einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt, bei dem die Kommunalfinanzierung nicht abschließend geregelt ist,

(Peter Winter (CSU): Ihr habt doch gar nichts hineingeschrieben! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

sondern auf den kommunalen Finanzausgleich 2019/2020 verschoben wird, in dem Sie das Problem der Ersterschließung historischer Straßen nicht geregelt haben. Sie hatten nicht den Mut, das anzufassen, und Sie hatten auch nicht den Mut, den Stichtag "1. Januar 2014" zu akzeptieren und eine ordentliche, vernünftige Abgrenzung vorzunehmen – danach, ob eine Maßnahme abgeschlossen und abgerechnet ist. Nein, Sie gehen mit willkürlichen Parametern ins Rennen, indem Sie sagen: Ein Bescheid, der irgendwann einmal in 2017 erlassen wurde, der bleibt, wie er ist. Ob es ein Endbescheid oder ein Vorauszahlungsbescheid war oder ob es vielleicht Vorauszahlungen für die Zukunft betrifft, das alles ist Ihnen egal. Sie werfen alles in einen Topf, rühren einmal um und meinen, dass Sie damit die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern zufriedenstellen. Nein, so macht man keine Politik!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Sie wundern sich, dass die kommunalen Spitzenverbände, die Ihnen ansonsten so treu ergeben sind, Sie nun schimpfen, weil Sie in Zukunft nur 100 Millionen Euro vorsehen, wo man doch bisher mit 62 Millionen Euro ausgekommen ist.

(Manfred Ländner (CSU): Ihr habt nicht einmal 26 Millionen!)

– Lieber Kollege Ländner, der Gemeindetag hat längst gesagt, dass man 150 Millionen Euro braucht – zum Ersten.

(Hans Herold (CSU): Aber ihr nicht!)

Zum Zweiten: Wenn man natürlich, wie Sie, Zwist in die kommunale Familie bringen will und in Zukunft nur jene entschädigen will, die in der Vergangenheit eine Satzung hatten, und völlig negiert, dass man auch die entschädigen muss, denen man die Möglichkeit nimmt, eine solche Satzung zu erlassen, dann muss man sich nicht wundern, wenn man keinen Beifall erhält, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Wir haben von Anfang an – bereits im Jahr 2017, lieber Kollege Ländner, als ihr euch noch krampfhaft an eure geliebte "Strabs" geklammert habt – gesagt, dass wir den Anteil am kommunalen Steuerersatzverbund um 23 % – von 52 auf 75 % – anheben wollen. Das sind 150 Millionen Euro Ersatz für die wegfallenden Beiträge der Bürger. Das sind zusätzlich 150 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau; denn dort wird das Geld dringend gebraucht.

Herr Finanzminister, Sie haben recht, dass wir in einem Flächenland leben, in dem wir die Straßen in Ordnung halten müssen. Aber dann müssen den Worten auch echte Taten folgen und keine Trippelschritte, dass man sagt: Na ja, gut, 20 Millionen Euro

bei den Staatsstraßen, und damit hat es sich. Wenn, dann müssen Sie so investieren, dass Sie die kommunale und die Infrastruktur des Freistaats Bayern instand halten, und zwar so, dass keine verdeckte Verschuldung entsteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dafür haben Sie andere Schwerpunkte: Sie setzen auf Beauftragte – etwas ganz Neues! Nein, wir haben schon ein paar Beauftragte, und ich sage nicht, dass jeder Beauftragte der Staatsregierung fehl am Platz ist. Aber wenn ich dann sehe, dass wir einen Beauftragten für Bürgeranliegen brauchen, der 3.000 Euro im Monat bekommt plus Fahrer plus sonst etwas – einen Beauftragten für Bürgeranliegen! Wenn Sie schon den anderen Fraktionen keinen Respekt entgegenbringen und damit sagen, dass die Abgeordneten nicht Tag für Tag für ihre Bürger unterwegs sind – da kann man alle Fraktionen dieses Hauses einbeziehen, auch die CSU-Fraktion –, wenn Sie auch vor der eigenen Fraktion keinen Respekt haben und sagen, wir brauchen einen Beauftragten für Bürgeranliegen, weil die CSU-Abgeordneten draußen nichts tun, finde ich das bemerkenswert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Schwerpunkt: innere Sicherheit. Da sind wir beieinander. Diesen Schwerpunkt setzen auch wir, allerdings: Warum brauchen wir eine Grenzpolizei? Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie mit Ihrem Vorgänger nicht immer einer Meinung waren und vielleicht auch keine sehr warmen Gedanken für ihn hegen. Aber dass Sie eine Grenzpolizei gegen ihn aufstellen. sozusagen eine Kontrolle für seine Bundespolizei, finde ich ebenfalls bemerkenswert. Das hätte ich noch nicht einmal von einem GRÜNEN-Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg gedacht. Aber dass ein CSU-Ministerpräsident in Bayern seinem Vorgänger und jetzigen Bundesinnenminister von der CSU so misstraut, ist wirklich ein bemerkenswerter Vorgang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Asyl und Integration: Sie wollen schnelle Entscheidungen. Das wollen wir auch, und das fordern wir in diesem Hohen Haus seit vielen Jahren. Es ist sehr verdienstvoll, dass Sie jetzt endlich die Asylrichter einstellen, die wir seit vielen Jahren fordern. Aber warum erst jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Sagen Sie nicht, dass sie so lange für die Ausbildung benötigen; denn das stimmt nicht. Jeder weiß, dass zweimal im Jahr genügend Juristen auf den Markt kommen und man lediglich die Einstellungsnote um ein paar Zehntel nach unten korrigieren muss, um diese Richter für die Verwaltungsgerichte einstellen zu können. Das hätten Sie rechtzeitig und eher tun können. Sie haben es nicht getan. Immerhin tun Sie es jetzt; aber Sie können dafür keinen Beifall bekommen; denn Sie hätten es längst tun können. Sie hätten es längst tun müssen. Sie tragen in diesem Land lange genug Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Ein dritter Schwerpunkt ist die regionale Entwicklung. Auch darin stimmen die FREIEN WÄHLER mit Ihnen überein, und ich bin erfreut darüber, dass hier tatsächlich ein Sinneswandel stattgefunden hat. Ich kann mich noch gut an den Ministerpräsidenten Stoiber erinnern, Herr Kollege Staatsminister Füracker. Für Edmund Stoiber gab es das eherne Gesetz: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Er hat in Transrapid-Dimensionen gedacht, und ländliche Regionen waren ihm sehr, sehr fern.

(Karl Freller (CSU): Stimmt nicht!)

Erst durch die etwas überzogene Forderung des Zukunftsrates, auf Metropolen zu setzen, hat in der CSU-Fraktion ein Umdenken stattgefunden. Wir haben, seitdem wir im Bayerischen Landtag sind, seit 2008, regelmäßig, ständig und dauernd auf die Notwendigkeit hingewiesen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen. Ich freue mich und erkenne ausdrücklich an, dass die CSU hierbei auf die Linie der FREI-

EN WÄHLER eingeschwenkt ist, und es gibt genügend Punkte, bei denen ich sage: Da ist der Vorwurf "ihr redet nur, ihr handelt nicht" unzutreffend.

Die Heimatstrategie sprachen Sie an, Herr Staatsminister. Behördenverlagerungen: Das ist positiv. Das ist ein Pluspunkt, das muss man anerkennen. Dort hat die Staatsregierung gute Arbeit geleistet. Das heißt aber nicht, dass Sie in Ihren Bemühungen nachlassen sollen. Hier gibt es immer noch genug zu tun. Es gibt noch genügend Behörden, die verlagert werden können. Es gibt auch noch genügend Standorte, die darauf warten, von dieser Behördenverlagerung zu profitieren.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – das ist in der Tat der Kern und ein wesentliches Markenzeichen unserer Politik sowie ein Kern für die Erfolgsgeschichte Bayerns. Dazu gehört natürlich eine stärkere Förderung des ÖPNV. Diese fordern wir seit Langem. Dazu gehören mehr Investitionen in den Staatsstraßenbau. Diese fordern wir ebenfalls seit Langem. Herr Staatsminister Füracker, ich habe Ihnen gut zugehört, als Sie sagten, die Staatsstraßen seien doch in einem Top-Zustand.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das heißt dann für mich eigentlich – Sie wohnen in der Oberpfalz –, dass die Oberpfalz in den nächsten Jahren erst einmal keine Gelder für den Staatsstraßenbau benötigt. Das heißt, dann können sich die Bewohner anderer Regionen Bayerns, zum Beispiel die Schwaben, freuen, weil sie dann das Geld, das die Oberpfalz nicht benötigt, selber verbauen dürfen. Ich weiß nicht, ob das alle Oberpfälzer Kollegen so sehen. Ich nehme das aber zumindest einmal so zur Kenntnis und werde das in meinen Forderungen zu unseren regionalen Projekten natürlich berücksichtigen.

Bauliche Entwicklung! Ich kann nur sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist die größte sozialpolitische Herausforderung der Gegenwart. Das betrifft alle Menschen, und das betrifft den Wohlstand der Familien, der Singles, der Menschen mit kleinen Einkommen, der Menschen mit mittleren Einkommen. Das betrifft im Grunde genommen fast jeden.

Die Explosion auf dem Wohnungsmarkt, ob das den Kaufpreis von Immobilien oder die Immobilienmieten betrifft, ist wirklich besorgniserregend. Hier muss endlich etwas getan werden. Hier haben Sie tatsächlich viel zu viel geredet und viel zu wenig gehandelt; denn sonst wäre es dazu nicht gekommen.

Wir haben ja schon angesprochen: Es ist schön, dass Sie 10.000 neue Wohnungen schaffen wollen. Aber warum haben Sie denn 33.000 Wohnungen der GBW verkauft?

(Zuruf von der CSU: Die gibt es doch noch!)

Sagen Sie jetzt bitte nicht, dass das alternativlos war.

(Zurufe von der CSU)

Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt. Herr Almunia aus Brüssel hat es deutlich gesagt: Natürlich muss die BayernLB verkleinern; sie muss aber die GBW-Wohnungen nicht verkaufen,

(Zuruf von der CSU: Das hat Herr Almunia nicht gesagt!)

sondern sie muss insgesamt Assets abbauen und abgeben. Das ist Fakt! 33.000 Wohnungen weggegeben, 10.000 sollen neu gebaut werden. – Na ja, wenn das eine befriedigende Bilanz ist. – Ich sehe es jedenfalls anders.

Staatlicher Wohnungsbau – jawohl! – ist wichtig. Ich unterstreiche auch durchaus das, was Sie sagen, Herr Staatsminister: Investieren statt spekulieren. Schön, dass das das neue Denken in der Bayerischen Staatsregierung ist. Vor einem guten Jahrzehnt – weil sich Kollege Huber gerade so aufgereggt hat – hat man bei der Bayerischen Landesbank noch sehr kräftig spekuliert. Dies hatte fatale Folgen. Gott sei Dank lautet jetzt das Motto: Investieren statt spekulieren. Halten Sie es bitte durch. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Selbstverständlich müssen wir den Wohnungsbau nicht nur mit Geld angehen. Wir müssen auch endlich an die Standards ran. Wir müssen eben auch den Mut haben, uns mit überzogener Bürokratie oder mit überzogenen Standards beim Brandschutz, beim Denkmalschutz und bei der Energieeffizienz auseinanderzusetzen und das Rad wieder ein Stück weit zurückzudrehen; denn ansonsten sind all unsere Bemühungen ziemlich sinn- und zwecklos. Ich sage es noch einmal: Am bezahlbaren Wohnraum hängt sehr viel. Das ist die größte sozialpolitische Herausforderung im Freistaat Bayern in der Gegenwart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Frage, wie sich Bayern insgesamt entwickelt, ist eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse. Natürlich kann es uns nicht zufriedenstellen, dass wir in Bayern nach wie vor Regionen haben, die mit Bevölkerungsschwund zu kämpfen haben und die in der Prosperität deutlich hinterherhinken, während gleichzeitig München und das Umland, die Metropolregion, aus allen Nähten platzt. Hier müssen wir auch im Interesse Münchens und auch im Interesse des Umlandes von München eine gleichwertige Politik betreiben. Ich sage Ihnen schon: Dazu gehört auch Invest in Bavaria. Es kann nicht sein, dass jede Investition ausgerechnet nur in München landet. Wir müssen schon das gesamte Land im Auge haben. Natürlich wird nicht jeder Standort gleich geeignet sein. Dass aber fast jede Investition in München getätigt wird, ist für die Entwicklung des gesamten Freistaats nicht sinnvoll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben überlegt, ob wir diesen Nachtragshaushalt überhaupt mit Anträgen begleiten sollen. Eigentlich hätte man sagen müssen: Drei Monate vor der Wahl und drei Monate nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts lassen wir uns auf dieses Theater nicht ein. – Nein. Wir sind aber im Landtag, um Schwerpunkte zu setzen und um unsere Schwerpunkte aufzuzeigen. Das wird dann in den Beratungen geschehen.

Herr Staatsminister, vorhin wurde schon gesagt, dass man mit den Ritualen aufhören soll. Ich appelliere daher an die Staatsminister und die Mitglieder des Haushaltsausschusses: Hört mit dem Ritual auf, alle Anträge der Opposition, ob sie vernünftig sind oder nicht, abzulehnen, um sie dann bei der nächsten Haushaltsberatung als eigene Anträge zu verkaufen. Wenn ihr das machen würdet, wären wir einen schönen Schritt weiter. – Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Pohl. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Kollegen Hartmann ans Mikrofon bitten. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den zweiten Nachtragshaushalt durchliest, fühlt man sich wirklich an Franz Josef Strauß erinnert: Förderprogramme, Wohltaten, Versprechungen, wohin das Auge sieht, aber auch verdammt viel Beliebigkeit. Ich frage mich schon, was Söders Vorbild Franz Josef Strauß zu der Regierungserklärung vor 48 Tagen oder zum Nachtragshaushalt sagen würde. Ich glaube, er würde anmerken: Everybody's Darling is everybody's Depp. Sie geben verdammt viel Geld aus und bleiben trotzdem verdammt viel schuldig, ganz vorneweg eine klare Vision, wie Sie Bayern weiterentwickeln wollen, wohin sich unser Bayern entwickeln soll. Auch von einem Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach eigentlich erhalten bleiben soll und was sich in Bayern wirklich verändern muss, hat man gar nichts gehört, und dazu sieht man im Nachtragshaushalt dieses Jahres gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz des vielen Geldes packen Sie die entscheidenden Punkte doch gar nicht an. Die Welt verändert sich – das ist unstrittig –, aber Ihre Politik bleibt die alte mit noch etwas mehr Geld; nicht mehr und nicht weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie lebt von Überzeugungen und von Haltung, nicht von einer Gießkannenpolitik, mit der Sie Geld über das Land verteilen. Man kann es auch anders sagen: Weil Ihnen der Mut zu einer Politik der Überzeugungen fehlt und Sie dazu nicht in der Lage sind, machen Sie eine Politik der Überweisungen. Nichts anderes ist Ihr Nachtragshaushalt für dieses Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kluge Politik mit Weitsicht investiert heute doch so, dass es möglichst für alle ein gutes Morgen gibt. Wenn ich von allen spreche, dann meine ich wirklich alle; dann meine ich auch all diejenigen, die gerade nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und wirklich unsere Unterstützung brauchen. Am Geld – da muss ich Ihnen recht geben – wird vieles in Bayern nicht scheitern. Die Rücklagen sind gut ausgestattet – Herr Finanzminister, da haben Sie völlig recht. Das Problem ist doch die Gießkannenpolitik, mit der Sie das Geld in Bayern verteilen. Sie wollen, dass alle profitieren: von der Porsche fahrenden Unternehmerin und von der Alleinerziehenden bis zum Professor. Jeder soll irgendetwas bekommen. Das ist Ihre Politik. Bei Söders Politik spielt es keine Rolle, ob das gesamte verteilte Geld für mehr Chancengerechtigkeit sorgt oder nicht. Das spielt keine Rolle. Ob es in Bayern fair zugeht, spielt auch keine Rolle. Bei Ihnen spielt auch überhaupt keine Rolle, ob die Lebensgrundlagen in Bayern geschützt werden oder weiter kaputtgehen. Ihnen ist das völlig egal. Bei Ihren Programmen, bei Ihren Zuschüssen ist doch nur eines entscheidend: dass der Zahlungstermin vor dem 14. Oktober dieses Jahres liegt. Das ist das Kriterium Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die Wählerinnen und Wähler lassen sich nicht kaufen. Sie erwarten eine Politik der Haltung, keine Politik der Beliebigkeit, die Sie seit Wochen hier abspielen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben es doch schon bei der Regierungserklärung vor 48 Tagen gesehen, und wir sehen es auch wieder im Nachtragshaushalt: Überall dort, wo Haltung gefragt ist, wo Verlässlichkeit und Prinzipien erwartet werden, ducken Sie sich weg. Bei den Herausforderungen, die man wirklich an der Wurzel anpacken muss – ich komme gleich zum Wohnungsbau –, bleiben Sie blank und stumm. Die Politik schreit doch hier nach neuen Wegen. Nachdem das Geld in Bayern vorhanden ist, um diese Wege zu gehen, fehlt doch nur noch eines: der Mut und die Entschlossenheit, das umzusetzen.

Die Chancengerechtigkeit in unserem Land fehlt. Die Staatskassen sind so gut gefüllt wie nie zuvor, und trotzdem hängen Bildungschancen im reichsten Bundesland immer noch vom Geldbeutel der Eltern oder sogar vom Wohnort ab. Es geht nicht gerecht zu in diesem Land.

(Peter Winter (CSU): Alter Krampf!)

– Das ist kein alter Krampf; das ist so, sehr geehrter Herr Kollege.

Genauso ist es bei der Kinderbetreuung. Viele junge Familien warten noch auf ein Angebot, das zu ihrer Lebenswirklichkeit passt. Da muss unbedingt etwas getan werden.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhold Bocklet (CSU))

– Wir haben deshalb im Nachtragshaushalt – Sie können gern mitstimmen – 154 Millionen Euro beantragt, um diesbezüglich voranzukommen. Wir wollen Geld in den Nachtragshaushalt stecken

(Reinhold Bocklet (CSU): Tun wir auch!)

und nicht wie Sie etwas ankündigen und dann kaum etwas tun, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

– Ich komme noch zum Nachtragshaushalt. Ich sage genau das, was notwendig ist und gemacht werden muss, weil Ihre Fraktion diese Themen seit Jahren aussitzt und nicht anpackt. Deshalb muss das hier deutlich angesprochen werden.

Sie tun zum Beispiel nichts gegen das Artensterben. Der gigantische Raubbau an unserer Natur spielt keine Rolle in Ihrem Nachtragshaushalt. Es gibt kein Geld, um die Landwirtschaftsförderpolitik endlich umzustellen und um zu einer giffreien Landwirtschaft zu kommen. Dazu steht nichts in Ihrem Nachtragshaushalt. Diesbezüglich muss aber etwas getan werden.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Beim Artensterben stehen wir knapp vor einer Katastrophe. Da muss sich jetzt etwas ändern. Sie brauchen nicht auf Berlin oder Brüssel zu schimpfen. Das ist nur Ihre Verantwortung, ganz allein die Verantwortung der Politik in Bayern. Wir müssen jetzt die Notbremse ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich schon bei der CSU-Politik bin, noch Folgendes: Ihre Politik hat auf der einen Seite unsere Landwirte nach dem Motto "Wachsen oder weichen" in eine Turbo-Landwirtschaft getrieben, und auf der anderen Seite das Gleichgewicht unseres Ökosystems immer weiter zerstört. Wenn man mit Landwirten, mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, mit Bürgerinnen und Bürgern spricht, dann hört man, dass es niemanden gibt, der dieses System wirklich gut findet. Niemand ist damit zufrieden: weder die Landwirte noch die Verbraucherinnen und Verbraucher, und es nutzt erst recht nicht unserer Natur und unseren Lebensgrundlagen.

Diese Turbo-Landwirtschaft mit noch mehr Nitrat im Wasser, mit noch mehr Giften auf den Äckern, mit noch mehr Antibiotika in der Massentierhaltung kann doch kein Modell für die Zukunft sein. Jetzt müssen wir die Weichen für unsere Landwirte anders stellen, um sie Schritt für Schritt mitzunehmen, und zwar hin zu einer giffreien Landwirtschaft für unser Bayern. Nur das schützt unsere Lebensgrundlagen. Für uns ist ganz klar: Für uns stehen unsere Lebensgrundlagen nicht zum Verkauf.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal zum Thema Chancengerechtigkeit kommen. Beim Nachtragshaushalt geht es um viel Geld. Da müssen wir uns auch das Thema Chancengerechtigkeit näher anschauen. Es ist unstrittig: Nur wenn alle die gleichen Chancen haben, unabhängig von der Herkunft, dann halten wir unsere Gesellschaft zusammen. Sie haben alle von dem Willen gesprochen, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Dafür muss man aber auch etwas tun. Leider erleben wir viel zu häufig, dass der Staat seiner Verantwortung hierbei nicht gerecht wird und die Menschen sich selbst oder dem Markt überlässt, statt endlich steuernd einzugreifen. Wenn wir GRÜNE von "steuernd eingreifen" sprechen, dann meinen wir nicht, in erster Linie Transferleistungen zu gewähren, sondern dann meinen wir, eine passende Infrastruktur zu schaffen, die in ganz Bayern für Chancengerechtigkeit sorgt, die Chancengerechtigkeit für alle in Bayern garantiert. Das ist unsere Politik.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Das Thema Kinderbetreuung wurde von Kollegen heute schon mehrfach angesprochen. Dieser Punkt zeigt es sehr deutlich. Was hilft eine Kita, die um 14.00 Uhr oder um 17.00 Uhr schließt, den Eltern, die beide arbeiten, oder einer Alleinerziehenden, die vielleicht im Schichtdienst bei der Polizei arbeitet? Was machen dann die Eltern? – Die Eltern kommen mit diesem Angebot nicht weiter.

Aus diesem Grund wollen wir 154 Millionen Euro im Nachtragshaushalt bereitstellen, um für längere Öffnungszeiten und eine höhere Qualität in der Kinderbetreuung zu sorgen. Uns GRÜNEN ist klar – deshalb auch die 154 Millionen Euro hierfür –, dass das alles Geld kostet. Das ist keine Frage. Aber für Alleinerziehende, für Familien mit ein, zwei oder drei Kindern ist das Geld bei einem guten Betreuungsangebot allemal besser angelegt als bei weiteren Transferleistungen. Wir wollen, dass Kinder und Arbeitsleben sich vereinbaren lassen und gut zusammenpassen. Das Angebot soll sich doch dem Leben der Eltern anpassen, nicht die Eltern dem Angebot der Kinderbetreuung.

Eines muss ich den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sagen – die Kolleginnen wissen es wahrscheinlich, ihre männlichen Kollegen nicht –: Beim Thema Kinderbetreuung geht es nicht nur um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern wir reden dabei vor allem auch über die Chancengerechtigkeit für Frauen.

Wenn man keinen Betreuungsplatz findet – diesbezüglich bitte ich, in den Verwandtenkreis zu schauen bzw. sich zu erinnern –, dann ist doch die Frage: Wer passt auf die Kinder auf? Meistens stellt die Frau dann ihre Karriere hintan. Wie ist es, wenn Angehörige pflegebedürftig werden? Meistens kümmern sich die Frauen darum. Für Mütter, die ihre Kinder allein großziehen, sich allein um ihre Kinder kümmern müssen, ist das alles doch letztendlich nicht mehr zu schaffen. Dafür brauchen wir ein besseres Betreuungsangebot, und das muss der Staat garantieren. Dafür stehen wir.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Emanzipation à la CSU – Sie sprechen auch immer wieder darüber – bedeutet bis jetzt nur mehr unbezahlte Arbeit für die Frauen, aber nicht gleiche Chancen und gleiche Rechte. Gleiche Chancen gibt es für die meisten Frauen nur mit mehr Einsatz, mit doppeltem Einsatz, mit Dreifachbelastung, mit dem Spagat zwischen Kinderbetreuung, Job und stundenweiser Betreuung der Angehörigen. Das ist nicht gerecht, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Deshalb wollen wir das endlich ändern.

Ich komme zu einem weiteren Thema. Wiederum geht es um Chancengerechtigkeit. Alle haben davon gesprochen, das ÖPNV-Angebot in Bayern zu verbessern. Wir sind uns, glaube ich, alle einig darüber, dass es, um Chancengerechtigkeit in ganz Bayern zu garantieren und um das Credo wirklich ernst zu nehmen, für alle gleiche Chancen geben muss, egal, wo man in Bayern lebt. Dafür brauchen wir ein besseres ÖPNV-Angebot, also mehr Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben diesbezüglich ein Konzept auf den Tisch gelegt – nicht nur einmal, sondern bereits mehrfach –, und es wurde von Ihnen immer wieder abgelehnt. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern, das heißt, ein stündliches Angebot von Bussen und Bahnen in jeder Ortschaft von 5.00 Uhr in der Früh bis Mitternacht, von montags bis samstags. Das wäre ein verlässliches, ein attraktives Angebot für alle Menschen, die nicht Autofahren können, für Jugendliche, die nicht Autofahren können, oder für Ältere, die vielleicht nicht mehr Autofahren wollen. Für diese Personen wollen wir ein Angebot schaffen. Die Rede des Finanzministers hat den Unterschied zwischen Ihnen und uns deutlich gezeigt. Sie denken Mobilitätspolitik vom Auto her, wir denken sie vom Menschen, von den Bedürfnissen der Menschen in ganz Bayern her. Das ist unsere grüne Politik.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe nicht gesagt, dass man nicht Auto fahren soll, sondern ich habe gesagt, Sie sollen Bus- und Bahnverbindungen so ausbauen, dass es ein Angebot ist. Was sagen Sie denn den Menschen, die kein Auto haben, noch nicht Auto fahren dürfen oder nicht mehr Auto fahren können? Sie brauchen ein Angebot, und das wollen wir schaffen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Ich komme zur Wohnungspolitik. Sie ist, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, die soziale Frage unserer Zeit. Jeder von Ihnen – mir geht es genauso – führt immer wieder mal Gespräche mit verzweifelten Eltern, die ihre Wohnung verlassen müssen, weil zum Beispiel eine Sozialbindung ausläuft und sie die Mietpreissteigerung nicht mehr mittragen können. Die Kinder gehen meistens noch zur Schule, die Freunde leben im gleichen Viertel. Jetzt müssen sie die Gegend, in der sie aufgewachsen sind, verlassen, weil sie die x-te Mietpreissteigerung nicht mehr mittragen können.

Diese soziale Frage unserer Zeit schreit nach neuen Antworten, nach neuen Ideen. Da müssen wir etwas tun.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Hier entscheidet sich doch, ob wir es schaffen, unsere starke Gesellschaft – von der Unternehmerin bis zur Erzieherin – zusammenzuhalten, oder ob sie weiter auseinanderdriftet. Diesbezüglich muss sich dringend etwas ändern.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Darüber sind wir uns sicherlich alle einig. Der Staat muss garantieren, dass es erfüllt wird. Auch das ist klar. Sie geben zwar – Sie haben die Zahlen genannt, sie sind Ihnen also bekannt, ich brauche sie nicht zu wiederholen – im Nachtragshaushalt durchaus viel Geld für den Wohnungsbau aus – das muss man durchaus sagen, das ist auch nicht die Frage –, aber Sie packen das Problem nicht an der Wurzel an, Sie lösen es nicht. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen an die Wurzeln heran; denn nur damit können wir wirklich dauerhaft für eine Entschärfung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Mit kurzfristigen Anreizen ist das nicht zu schaffen. Das bedeutet: Tage der Arbeit, neue Ideen und viel Schweiß, um dieses Problem endlich zu lösen.

Sie alle sind viel in Bayern unterwegs. Sie kommen aus allen Regionen dieses wunderschönen Landes. Wir sind uns doch alle einig, dass die Herausforderungen beim Thema Wohnen in Bayern unterschiedlich sind. Wir haben städtische und ländliche Regionen. Wir haben boomende Speckgürtel, aber auch Regionen, in denen die Bürgermeister und die Bürgermeisterinnen mit Leerständen in den Ortschaften kämpfen. – Herr Finanzminister, was machen Sie mit Ihrer neuen Förderpolitik? – Sie fördern wieder mit der Gießkanne überall gleich. Das ist Ihre Politik. Von Ihrer Gießkannenförderpolitik profitieren die Immobilienbranche und die Immobilienwirtschaft ganz gewaltig. Damit verbessern wir aber nicht die Situation, die wir dringend ändern müssen, nämlich die Situation der Alleinerziehenden und der Familien mit zwei oder drei Kin-

dern. Diese haben bei jedem Schreiben ihres Vermieters Schweißperlen auf der Stirne, weil sie nicht wissen, wie sie die Mieterhöhung tragen sollen.

Herr Finanzminister, glauben Sie im Ernst, dass eine Familie in München jubeln wird, weil es jetzt eine bayerische Eigenheimförderung gibt? Glauben Sie, dass diese Familie sagen wird: Jetzt können wir uns in der Stadt, in der unsere Kinder zur Schule gehen und wo die Freunde wohnen, eine Wohnung kaufen? – Das wird nicht passieren. In den Städten entstehen Eigentumswohnungen, die sich ein Normalverdiener, ob mit oder ohne Förderung, gar nicht mehr leisten kann. Damit lösen wir das Problem nicht. Wir müssen die Förderpolitik komplett umstellen: Es geht nicht darum, vorrangig Eigenheime voranzubringen. Wir müssen vielmehr in den Städten bezahlbaren Mietwohnungsraum schaffen. Diese Aufgabe müssen wir anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe mit Ihnen jede Wette ein: In den Ballungsgebieten wird Ihre Förderpolitik die Immobilienpreise weiter anheizen und nicht bremsen. Die Bauwirtschaft in München kalkuliert doch die Eigenheimzulage gleich mit ein. Das sagen Ihnen auch alle Institute. Das wird in München so passieren. Das wird auch in Nürnberg so passieren. Damit steigen auch die Kosten für die Mieter, die sich kein Eigenheim leisten können. Hier muss sich etwas ändern. Ihre Politik ist da komplett verfehlt.

Vorhin kam die Frage, was wir machen könnten. Wir könnten künftig alle staatlichen Grundstücke nur noch in Erbpacht für den Mietwohnungsbau zur Verfügung stellen. Das müssten wir als Erstes tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auslaufende Sozialbindungen müssten wir wieder verlängern. Das Land Hessen geht diesen Weg. In Bayern wäre das bitter nötig. In den letzten dreißig Jahren hat immer die CSU in Bayern regiert, meistens allein, einmal mit einem Partner. In den letzten dreißig Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen um 350.000 gesunken. Das ent-

spricht einem Rückgang von zwei Dritteln des damaligen Bestandes. Das ist Ihre CSU-Wohnungspolitik!

(Klaus Stöttner (CSU): Die Sozialbindung ist ausgelaufen!)

– Richtig, Herr Kollege. Die Sozialbindung ist ausgelaufen. Sie sprechen das Problem an. Was ist Ihre Antwort? – Sie führen bei neu gefördertem Wohnbau eine Sozialbindung auf 40 Jahre ein. Warum nicht dauerhaft? Wir geben Geld der Allgemeinheit aus, um Wohnraum zu schaffen. Dann hat die Allgemeinheit aber auch auf Dauer Anspruch auf diesen bezahlbaren Wohnraum, nicht nur für 40 Jahre. Hier müssen wir neue Wege gehen, sonst wiederholen sich die Fehler der Vergangenheit. Ich möchte nicht, dass jemand in 40 Jahren an dieser Stelle steht und sagt, dass die Sozialbindung wieder ausgelaufen sei. Sie wollen das Problem verschleppen, ich möchte es grundlegend lösen. Das ist der große Unterschied zwischen unserem Ansatz und Ihrer Förderpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ich gerade beim Thema Wohnen bin, komme ich gleich zur Landesplanung; denn dieses Thema hat auch mit der Landesplanung zu tun. Wir brauchen eine Landesplanung, die wirklich verbindliche Leitplanken setzt.

(Erwin Huber (CSU): Gegen die Kommunen!)

Wir müssen festlegen, was wir erhalten und bewahren und was wir verändern möchten. Herr Huber, fahren Sie einmal mit offenen Augen durch Niederbayern. Da können Sie feststellen, was Ihre verfehlte Politik ausgelöst hat.

(Erwin Huber (CSU): Vollbeschäftigung!)

Eine Logistikschramme nach der nächsten wird in die Landschaft gerammt. Auf den Flächen wachsen Straßen und Umgehungsstraßen. Wir haben 11.000 Hektar ausgewiesene Gewerbegebiete, die nicht verkauft und nicht bebaut sind. In den letzten zehn

Jahren haben wir 10.000 Hektar verbraucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss sagen: Für die nächsten zehn Jahre ist genug ausgewiesen.

Unter der Betonflut, die über unser Land schwappt, leidet nicht nur die Natur. Darunter leiden auch die Ortskerne. Der Finanzminister hat davon gesprochen, die Ortskerne wieder zu beleben. Manchmal frage ich mich, wie aberwitzig Ihre Politik ist. Zuerst haben Sie die Landesplanung gelockert. Supermärkte wurden an der Ortsgrenze oder der Umgehungsstraße gebaut. Das Baugesetzbuch wurde auf Bundesebene aufgeweicht, um im vereinfachten Verfahren mehr bauen zu können. Jetzt geben Sie den Kommunen Geld, damit sie die Auswirkungen Ihrer falschen Politik wieder korrigieren können. Bei allem Respekt vor Ihrer Arbeit: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie ermöglichen den Bau im Außenbereich und subventionieren im Innenbereich dagegen an. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Politik ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel müsste es sein, die Außenentwicklung zu begrenzen und den Innenbereich zu stärken. Diese Politik hätte die Bezeichnung "Das Beste für Bayern" verdient. Meinen sehr verehrten Damen und Herren, ein dicker Geldbeutel ist wirklich kein Garant für gute Politik. Wir brauchen keine Politik der Überschriften, der Gefälligkeiten und der Wahlgeschenke. Wir brauchen vielmehr eine Veränderung unserer Systempolitik. Wir brauchen den Mut zu neuen Wegen und kein Weiter-so mit noch mehr Geld. Wir GRÜNE stehen für eine Politik der Überzeugung. Diese CSU steht dagegen für eine Politik der Überweisung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frage, die uns alle umtreiben muss, lautet: Was wird aus unserem Bayern heute, morgen und in 20 Jahren? Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst aber auch die Verantwortung, zum Beispiel die Verantwortung, für Chancengerechtigkeit zu sorgen, und die Verantwortung, die Lebensgrundlagen zu erhalten. Ich hätte mir ge-

wünscht, dass Sie einen Nachtragshaushalt vorgelegt hätten, der dieser Verantwortung im Interesse der Menschen und des Landes gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. – Für die CSU hat sich noch einmal Herr Kollege Herold zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich meine Vorredner gehört habe, habe ich mich gefragt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo lebt ihr denn? Dieser zweite Nachtragshaushalt ist die Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die unser Finanzminister, Herr Füracker, vorhin erwähnt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund einer klugen und soliden Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte sind wir überhaupt erst in der Lage, einen solchen Nachtragshaushalt vorzulegen. Wir haben Rücklagen in Höhe von sechs Milliarden Euro angesammelt. Ein herzliches Dankeschön an die Mehrheitsfraktion und an den Finanzminister Albert Füracker für diese großartige Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen müsste bekannt sein, dass Bayern bei nahezu allen Daten die Nummer eins in Deutschland ist. Wir haben Vollbeschäftigung, wie Herr Kollege Erwin Huber gerade gesagt hat. Ich komme aus einem Landkreis, dessen Arbeitslosenquote bei 1,9 % liegt. Jeder junge Mensch findet in Bayern eine Ausbildungsstelle. Jedes Kind, außer in München und in Nürnberg, findet einen Kita-Platz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum dann der Nachtragshaushalt?)

Wir haben in Bayern hervorragende Schulen. Wir haben keine Schulen, in die es reinregnet, wie in Berlin.

(Horst Arnold (SPD): Die Sachaufwandsträger sind doch die Kommunen!)

Wir haben auch hervorragende Senioreneinrichtungen. Wir können deshalb auf die Politik der letzten Jahrzehnte stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben auf die Situation der Kitas hingewiesen. Sie haben recht, aber nur für München und für Nürnberg. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie Ihren Stimmkreis in München. Tun Sie etwas dafür, dass die nötigen Plätze für Kinder in München geschaffen werden! Im ländlichen Raum bekommt jedes Kind einen Krippen- oder einen Kita-Platz.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, ich bin sehr überrascht über Ihre Aussagen. Einerseits haben Sie im Haushaltsausschuss des Öfteren die Finanzpolitik der Staatsregierung gelobt, andererseits behaupten Sie heute, die Staatsregierung habe eine schlam-pige Politik betrieben. Was bitte gilt denn nun? – Wir als Mehrheitsfraktion haben eine Verantwortung. Für uns gilt nicht der Grundsatz "Freibier für alle". Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ja, euer – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gebt ihr dann mehr Geld aus als wir?)

Lassen Sie mich bitte ausreden. – Ich muss ehrlich sagen, eure Angelegenheit, wo ihr auch einen Wortbruch begangen habt, ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Das kommt nicht gut an, glaubt mir das.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach was, was haben wir euch versprochen?)

Und eure größten Gegner sind quasi eure eigenen Bürgermeister, die erklären, mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag nichts zu tun haben zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage euch auch, warum ihr das getan habt. Ihr habt das deswegen getan, weil ihr Angsthasen seid. Ihr habt Angst vor der 5%-Hürde bei der Landtagswahl am 14. Oktober 2018.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl und Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Lieber Kollege Pohl, du hast vorher behauptet, das alles sei Theater, was wir momentan machen würden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein!)

– Natürlich, das kann man nachlesen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Du hast gesagt: Dieser Nachtragshaushalt ist Theater. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Theater, sondern das ist eine wichtige Angelegenheit für die Menschen in Bayern. Das Bayerische Landespflegegeld in Höhe von 400 Millionen Euro ist kein Theater, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das Bayerische Familiengeld in Höhe von 260 Millionen Euro ist kein Theater, lieber Herr Kollege Pohl. Die Bayerische Eigenheimzulage in Höhe von 150 Millionen Euro ist kein Theater.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das Baukindergeld Plus und die Wohnraumförderung in Höhe von 200 Millionen Euro, lieber Herr Kollege Pohl, sind kein Theater. Das alles sind sehr wichtige Entscheidungen – gerade für die Menschen in Bayern, für unsere Bürgerinnen und Bürger, die

letzten Endes auch dafür gesorgt haben, dass wir überhaupt in der Lage sind, solche Sachen machen zu können.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und im Dezember habt ihr das alles noch nicht gewusst?)

Zum Hinweis auf die Landesbank: Das sind doch alte Kamellen; das ist doch schon über zehn Jahre her. Ihr denkt immer rückwärts.

(Zuruf: Wir zahlen heute noch! – Horst Arnold (SPD): Wir zahlen doch Zinsen!)

Das liegt über zehn Jahre zurück. Ihr müsst endlich nach vorne denken, wie die CSU das tut.

(Beifall bei der CSU)

Diese Aussage in Bezug auf Kommissar Almunia ist einfach falsch; denn das hat er nie gesagt.

Ihr tut immer so, als würden die 33.000 Wohnungen leer stehen. Sie sind aber nach wie vor vorhanden,

(Horst Arnold (SPD): Zu welchen Bedingungen?)

und der Untersuchungsausschuss wird klar ergeben, dass es quasi keine Alternative gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ein Wort zu den Aussagen des Kollegen Rinderspacher – er ist leider nicht mehr anwesend – sagen. Lieber Horst Arnold, ich gehe davon aus, du bist jetzt sein Vertreter. Ich muss ehrlich gestehen, dass ich irgendwo die Welt nicht mehr verstehe. Am 18.04. war die Regierungserklärung von unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Das war vor, glaube ich, 48 Tagen, vor rund acht Wochen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Jetzt wirft Herr Rinderspacher uns oder Herrn Söder vor, die ganzen Maßnahmen, die natürlich längerfristig angelegt sind, stünden noch nicht im Haushalt bzw. seien noch nicht umgesetzt. Das sind aber doch Maßnahmen – Peter Winter hat das vorher auch gesagt –, die logischerweise langfristig angelegt sein müssen, und ihr werdet euch noch wundern, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

welche Bilanz Markus Söder in fünf Jahren in diesem Bereich vorlegen kann. Es wird eine großartige Bilanz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)
– Horst Arnold (SPD): Da muss er erst einmal den Grundstein legen mit dem Haushalt!)

Eine wichtige Angelegenheit ist für uns weiterhin, dass wir immer noch zu der Kernaussage vom Haushalt ohne neue Schulden stehen. Es ist jetzt bereits der dreizehnte Haushalt, den wir, ohne neue Schulden zu machen, aufgestellt haben. Nennen Sie mir ein Bundesland, das es geschafft hat, in diesen dreizehn Jahren einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Die Verschuldung ist zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen zehnmal und in Niedersachsen viermal so hoch wie im Freistaat Bayern.

Wir schaffen es außerdem weiterhin, nicht nur keine neuen Schulden zu machen, sondern auch Schulden zu tilgen – mit diesem Haushalt waren es 1,5 Milliarden Euro. Lieber Peter Winter, konkret heißt das, dass wir innerhalb der letzten Jahre 5,7 Milliarden Euro zurückgezahlt haben. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt kein Bundesland in Deutschland, das solche Leistungen – letztendlich natürlich auch aufgrund der tüchtigen Bürgerschaft – vorweisen kann.

(Beifall bei der CSU)

So viel in aller Kürze von meiner Seite. Außerdem bedanke mich noch einmal herzlich bei unserem Finanzminister, aber auch bei den tüchtigen Beamtinnen und Beamten im

Finanzministerium für die großartige Arbeit. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit diesem Haushalt sehr viel Gutes für unsere Menschen in Bayern tun, nämlich "Das Beste für Bayern". – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

(Peter Winter (CSU): Dir bleibt auch gar nichts erspart! – Hans Herold (CSU): Da hast du recht!)

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Herold, unser Fraktionsvorsitzender hat das gemacht, was die Opposition tun muss. Er hat einen alternativen Faktencheck gemacht zu Versprechungen, die Markus Söder in seiner Regierungserklärung abgegeben hat, und der Wahrheit, die sich in Ihrem Nachtragshaushalt abbildet.

(Peter Winter (CSU): Fake News! Kein Faktencheck!)

Ich frage Sie jetzt: Was nützt es den geplagten bayerischen Großstädten mit ihren Stickoxidproblemen, wenn in fünf Jahren U-Bahnen, Trambahnen und Busse vom Freistaat finanziert werden? Von dem, was Herr Söder am 18. April versprochen hat, ist in diesem Nachtragshaushalt – und das unterstreiche ich – null abgebildet.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD) – Zuruf von der CSU: Schwacher Applaus!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Es ist doch deutlich gesagt worden, dass logischerweise auch der öffentliche Personennahverkehr entsprechend gestärkt wird. Wir haben hier mit 100 Millionen Euro schon großartig draufgelegt. Ich

denke aber, man kann nicht alles von heute auf morgen machen, wobei ich davon ausgehe bzw. mir absolut sicher bin, dass wir diese Thematik auch angehen.

(Peter Winter (CSU): Mit Herrn Oberbürgermeister Reiter!)

– Genau.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Gegenruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Wir machen jetzt keine Zwischenbemerkungen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Peter Winter (CSU): Was ist mit dem Wohnungsbau in München? – Weitere Zurufe)

Herr von Brunn und Herr Kollege Winter, wir werden jetzt dem Herrn Kollegen Herold noch einmal aufmerksam zuhören. Davor hat der Kollege Pohl das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Herold, selbstverständlich – und dazu stehe ich auch – ist die Finanzpolitik des Freistaates Bayern – und dazu zähle ich alle Fraktionen dieses Hauses – verantwortungsbewusst, und selbstverständlich sind die Zahlen Bayerns besser als die anderer Länder. Diesbezüglich gibt es überhaupt nichts zu vertun.

(Zurufe von der CSU)

Meine Frage ist aber unbeantwortet geblieben. Warum muss man drei Monate nachdem man einen Nachtragshaushalt beraten und verabschiedet hat, einen neuen nachschieben? Ich habe außerdem die Frage gestellt, ob der Ministerpräsident so erzürnt

ist über den früheren Finanzminister Söder und dessen offenbar schlampige Aufstellung des alten Haushalts, dass er jetzt einen neuen Haushalt hinterherschieben muss.

(Alexander König (CSU): Das ist Unsinn, wirklich Unsinn!)

Erzählen Sie mir jetzt, welche neuen Erkenntnisse in diesen drei Monaten entstanden sind, die dazu führen, dass man jetzt einen Nachtragshaushalt in Höhe von 1 Milliarde Euro braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Pohl, zunächst weise ich den Begriff "schlampig" massiv zurück. Sie widersprechen sich auch ständig. Einmal sagen Sie, wir hätten eine gute Finanzpolitik, und dann sagen Sie, wir hätten eine schlampige Politik. Was gilt denn jetzt? Eine gute oder schlampige Politik?

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in einer bestimmten Funktion in der Verantwortung gestanden haben. Als ich Bürgermeister wurde, habe ich natürlich neue Ideen entwickelt. Es ist völlig normal, dass ein neuer Regierungschef neue Ideen einbringt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn er vorher Finanzminister war!)

– Ja, auch wenn er vorher Finanzminister war. Er ist logischerweise als Finanzminister nicht der Regierungschef. – Es ist normal, dass ein neuer Regierungschef, der neue Ideen einbringt, diese Ideen umsetzen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist er vorher so untergebügelt worden?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Staatsminister für eine kurze zusammenfassende Stellungnahme das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat):

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe nicht geplant, noch etwas zu sagen, aber Herr Pohl hat zum Schluss den Vorwurf erhoben, wir hätten einen schlampigen Haushalt gemacht. Er sagte, was wir alles getan hätten und warum wir das alles nicht im Dezember gewusst hätten. – Kollege Herold hat es dankenswerterweise erklärt. Mit der neuen Staatsregierung hat man einen Start hingelegt, der nicht auf vier Monate angelegt ist, sondern auf fünf Jahre. Ich verstehe nicht, warum man das nicht kapieren will. Die einen halten einem vor, dass das nicht sofort abgebildet sei, die anderen behaupten, es käme nie, die Nächsten behaupten, es wäre zu viel, und wieder andere meinen, das hätte schon im Dezember gemacht werden sollen. Warum diskutieren wir eigentlich nicht über die Maßnahmen, die vorgelegt wurden?

Ich habe jetzt wirklich lange zugehört. Die Kritik an den Maßnahmen als solche war in der Sache zwar relativ zurückhaltend, aber was wird nicht alles gesucht, was wird nicht alles vorgebracht, um zu beweisen, dass das, was geplant ist, schlecht ist. Ich sage Ihnen, wir haben Dinge vorgelegt, die die Bevölkerung bewegen. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen suchen nach Antworten. Diese Antworten geben wir mit der Macht, mit der wir das für 2018 noch tun können. Eine neue Regierung plant für fünf Jahre. Das Konzept ist schlüssig. Deshalb zu sagen, es wäre schlampig gearbeitet worden, und zu fragen, ob man das im Dezember noch nicht gewusst hat, das ist doch eine unsinnige Debatte. Wir sollten doch in der Sache diskutieren. Wir haben das gemacht. Wir legen einen kraftvollen Haushalt vor, der kraftvolle Ergebnisse zeitigen wird. Die Kommunen, die Menschen, diejenigen, die bedürftig sind, werden gestärkt. Hinzu kommen die Investitionen. All das wird durch diesen Haushalt gestärkt.

Deshalb: ein bisschen mehr Optimismus. Nicht so viel Nörgelei, Herr Pohl, das würde uns allen bestens zu Gesicht stehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung ist der Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Widerspruch erhebt sich nicht. – Dann ist das so beschlossen.